

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Essen. Eine Delegation aus der kurdisch-syrischen Stadt Kobanê besuchte die Stadt Essen auf Einladung der Linksfraktion (im Bild Ratsfrau Gabriele Giesecke). Bürgermeister Franz-Josef Britz (CDU, links) begrüßte im Namen der Stadt den Gesundheitsminister Nassan Ahmad. (Bild: P. Prengel, Stadt Essen)

- *Lage in Griechenland und Politik von Syriza, ein Gespräch mit Theodoros Paraskevopoulos – S. 3*
- *Türkei vor den Wahlen: Kommt die HDP ins Parlament oder stockt der Friedensprozess? – S. 8*
- *Essen: Besuch aus Kobanê – S. 14*
- *GDL-Streik erneut ohne Ergebnis – S. 18*
- *Europäischer Eisenbahnkorridor: Wird Mannheim im Lärm versinken? – S. 20*

Ausgabe Nr. 5 am 15. Mai 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Wahl in Bremen: Linke legt zu

www.tagesschau.de. alk

Noch ist das amtliche Endergebnis nicht bekannt, aber nach den Hochrechnungen des Wahlleiters ist mit dem nebenstehend wiedergegebenen Ergebnis zu rechnen.

Aus den Wählerwanderungen, die Infratest dimap für die Tagesschau gerechnet hat, ist folgendes ersichtlich: die Grünen haben die Wählerinnen und Wähler, die ihnen 2011 wegen des japanischen Kernkraftwerksunglücks die Stimme gaben, nicht halten können; besonders davon profitiert hat die Linke, die damit ihr schlechtes Ergebnis von 2011 korrigieren konnte (Linke 2007: 8,4%, 2011: 5,6%, 2015: 9,3%).

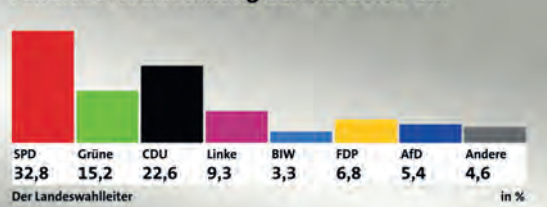
Aus dem Potential der Nichtwähler konnten diesmal nur die FDP und die AfD Stimmen gewinnen; alle anderen Parteien haben dorthin verloren; insbesondere die Grünen und die SPD. Während bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg die SPD als Partei des wirtschaftlichen Erfolgs (und der Erfolgreichen) die soziale Spaltung ignorieren konnte, geht das in Bremen nicht.

Abrüstungsverhandlungen stehen an!

Focus / www.newsletter-verteidigung.de. maf Anlässlich der Militärparade zur 70-Jahr-Feier des Sieges über den Hitlerfaschismus kritisierte der Präsident der Russischen Föderation Putin die Strategie, eine unipolaren Weltordnung zu schaffen sowie die damit einhergehende Dynamik der Blockbildung.

Bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift mussten wir die traurige Tatsache einer Verschmelzung von Bandenkrieg und Panzerwaffe registrieren und berichten, dass die BRD und die Nato die Reaktivierung der Panzerwaffe betreiben. Nun berichtet das Nachrichtenmagazin Focus, Redaktionssitz am Panzerproduktions-Standort München, von dem neuartigen Kampfpanzer Armata 15, der bei der Parade in Moskau zu sehen war. Die Wahrnehmung der Außenwelt wird nun ganz über Sensoren digitalisiert erfolgen. Nachtsichtfähigkeit und vielleicht auch Erfassung von Flugkörpern per Radar werden es außerordentlich schwierig machen, dass Fahrzeug innerhalb der Reichweite seiner Waffen anzugreifen. Die Besatzung wird im Inneren des Fahrzeugs in einer nochmals gepanzerten Kabine sitzen, das Gerät wird nach einem Treffer nicht funktionsfähig sein. Angeblich ist eine Stückzahl von mehr als 2000 vorgesehen, Sonderserien als Panzerhaubitze bzw. Räum- und Bergepanzer sind mit geplant.

Amtliche Hochrechnung 11. Mai 16:00 Uhr



Bürgerschaftswahl Bremen 2015 Wanderung SPD



Bürgerschaftswahl Bremen 2015 Wanderung Grüne



Bürgerschaftswahl Bremen 2015 Wanderung Linke



Die Neuentwicklung in Russland passt zu dem Kriegsbild im Mittleren Osten und an der Grenze zur Russischen Föderation: Schweres Gerät baut um sich herum eine Zone tödlicher Feuerwirkung auf, in der Hilfstruppen und auch Irreguläre Terror entfalten können. Das Gerät wird wie eine fahrbare Festung. Es ist die Antwort auf die Nato-Strategie der Luftschläge und des Drohnenkrieges, die ihre höchste Wirksamkeit im Jugoslawienkrieg zeigte.

Es eignet sich dazu, Territorien zu sichern und unruhige Grenzen neu zu ziehen. Ob diese neue Waffe als Defensivwaffe wirken wird oder als Instrument der Offensive, das hängt nicht zuletzt von der Stückzahl ab, die letztlich gebaut wird. Wird die Nato ihre Panzerwaffe reaktivieren, wird die Russische Föderation diese Antwort geben. Würde der Westen einlenken, fiel ins Gewicht, dass die Russische Föderation Produktionskapazitäten wirtschaftlicher verwenden kann.

Die Dynamik der Blockbildung, von der Putin spricht, treibt auf eine waffenstarrende Blockabgrenzung hin, eine Militärgrenze, die im besten Fall einer Waffenstillstandszone ähnelt und im schlimmsten Fall blitzschnell in verbissene Kämpfe um territoriale Verschiebungen übergeht. Das neue Gerät soll 2016 in Serienfertigung gehen ...

Zur Lage in Griechenland und zur Politik Syrizas

In der Zeit zwischen 23. und 29. April 2015 führte die Linke Baden-Württemberg in Freiburg, Lahr, Stuttgart, Mannheim und Heidelberg Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zu Griechenland mit Theodoros Paraskevopoulos durch. Theodoros Paraskevopoulos ist Ökonom und Mitglied der Leitung von Syriza. Die Redaktion der Mitgliederzeitschrift der Linken Baden-Württemberg „Landesinfo“ konnte mit ihm ein ausführliches Gespräch führen, das auf der Internetseite der Landespartei veröffentlicht ist.

Landesinfo: *Theodoros, wie beurteilst Du die momentane politische Situation in Griechenland?*

Theodoros Paraskevopoulos: Das Wichtigste für Griechenland ist jetzt: es wird verhandelt. Aktuell versuchen die Hardliner in der EU-Führung, Positionen wieder zurück zu gewinnen, die sie im Februar unter dem Eindruck des Sieges der Linken räumen mussten. Aber die Beamten der Troika fungieren heute nicht mehr als Kommissare in Griechenland. Sie gehen nicht mehr in Ministerien und Behörden ein und aus. Sie bestimmen nicht mehr, was läuft, sondern die griechische Regierung hat ein Reformprogramm vorlegt, wie sie sich die politische Zukunft des Landes vorstellt.

Jetzt sollen wir wieder zu den alten Positionen zurück, sowohl was die Aufsicht der EU-Beamten in Griechenland betrifft wie auch die Ziele der Reformpolitik: Man versucht alle Vorschläge der griechischen Regierung – vor allen Dingen in Bezug auf Arbeitsgesetzgebung, in Bezug auf Privatisierungen und in Bezug auf die Sozialversicherung – zu verändern. Die Vorgaben, die die vorherige abgewählte Regierung unterschrieben, akzeptiert und teilweise selbst vorgeschlagen hatte, sollen wieder zum Inhalt griechischer Politik werden. Das lehnt die griechische Regierung ab – und darum geht es aktuell.

Konkret: es geht darum, dass wir in den Arbeitsbeziehungen den Entlassungsschutz abschaffen und die Tariffreiheit nicht wieder herstellen sollen. Zudem: der Mindestlohn soll nicht angehoben werden. Der Mindestlohn wird in Griechenland nicht gesetzlich bestimmt, sondern in Tarifverhandlungen. Der Gewerkschaftsbund und der zentrale Verband der Arbeitgeber verhandeln und bestimmen einen verbindlichen Mindestlohn. Die Arbeitsbeziehungen, der Entlassungsschutz und die Arbeitszeit hingegen werden gesetzlich bestimmt.

Die EU und der IWF wollen für die Unternehmen die Freiheit, Entlassungen vorzunehmen, in welchem Ausmaß sie auch immer wollen. Das ist insofern sehr weitreichend, da es in Griechenland keinen wirklichen Arbeitslosenschutz gibt. 200.000 Arbeitslose beziehen derzeit Arbeitslosengeld, insgesamt gibt es aber im Moment 1,3 Millionen Arbeitslose.

Wie ist die Höhe des Arbeitslosen-

geldes und wie lange gibt es Unterstützung?

Die Höhe bestimmt sich nach dem Mindestlohn, nicht nach dem vorherigen Lohn und die Dauer der Zahlung beträgt ein Jahr. Danach ist man völlig auf sich gestellt, man verliert auch seinen Anspruch auf Krankenversicherung. Mittlerweile sind etwa drei Millionen Menschen ohne Krankenversicherung, also Arbeitslose und ihre Familien. Die neue Regierung hat dies geändert: jeder Mensch hat ab sofort das Recht auf medizinische Versorgung.

Die Arbeitslosenzahl erfasst also nur diejenigen, die aktuell in letzten zwölf Monaten arbeitslos wurden?

Ja, das sind die aktuell registrierten Arbeitslosen. Hinzu kommen diejenigen, die nie als Arbeitende registriert waren: Gewerbetreibende und Freiberufler, die ihren Betrieb schließen oder ihren Beruf aufgeben mussten. Und das sind ziemlich viele!

Privatisierungen – was Syriza vorschlägt

Die vorherige Regierung hatte mit EU und IWF abgemacht, dass alle öffentlichen Unternehmen privatisiert werden, zum Beispiel die Wasserwerke. Inzwischen hat der Verwaltungsrichtshof die Privatisierung der Wasserwerke in Thessaloniki verboten mit dem Argument, Wasser sei ein öffentliches Gut und die Wasserwerke müssten staatlich betrieben werden, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser gewährleistet werden kann.

Es war außerdem geplant, die griechische Elektrizitätsgesellschaft in zwei Teile aufzuspalten und ein Drittel, den kleineren Teil, zu privatisieren, wodurch aber auch ein Drittel der Kunden gezwungen würde, zu privaten Betreibern zu wechseln. Auch das lehnt die griechische Regierung ab. Die Eisenbahn musste privatisiert werden sowie die Häfen und die Flughäfen.

Die Flughäfen sind schon privatisiert worden unter der letzten Regierung?

Das ist noch Bestandteil des letzten Memorandums. Unsere Vorstellung ist, dass stattdessen der gesamte Staatsbesitz – Unternehmen, Grundbesitz, alles – unter ein Dach kommt und dazu benutzt wird, Wachstum zu erzeugen. Einnahmen dieses Fonds sollen für Wachstum und für die Stützung der Sozialversicherungen eingesetzt werden.

Das schließt diese Privatisierungen

aus, weil nach dem Abkommen mit der Troika alle Einnahmen aus Privatisierungen ausschließlich der Schuldenminimierung dienen müssen, nicht um laufende Verpflichtungen zu bezahlen, sondern nur um die Gesamtschuld zu mindern. Und das ist ein Fass ohne Boden. Außerdem sind die Erlöse, die man in der jetzigen Situation aus dem Verkauf öffentlichen Eigentums erzielen könnte, sehr niedrig. Aber das ist zwar nicht der Grund. Es ist auch ein Grund, aber nicht der Grund.

Konzept Eisenbahn

Was wir möchten, sind Kooperationsverträge mit Privatinvestoren, aber auch mit staatlichen Investoren aus anderen Ländern, die griechische öffentliche Betriebe modernisieren – aber unter staatlicher Aufsicht und mit Einführung neuer Institutionen der sozialen Kontrolle. Zum Beispiel führen wir Gespräche mit den russischen Eisenbahnen. Die russischen Eisenbahnen haben Interesse gezeigt, die griechischen Eisenbahnen zu kaufen. Sie haben sich bereit erklärt, eine gemeinsame Gesellschaft – gemeinsam mit den griechischen Eisenbahnen – zu gründen. Die russischen Eisenbahnen werden investieren, die Bahn modernisieren und natürlich werden sie Gewinne machen, sonst investieren sie ja nicht!

Konzept See- und Flughäfen

Dasselbe versucht die Regierung auch mit den Flughäfen zu erreichen. Das ist auch deshalb sinnvoll, weil die griechische Staat inzwischen sehr viel in die Regionalflughäfen investiert hat – fast so viel wie der Preis, den Fraport, die Betreiberin des Frankfurter und auch des Hamburger Flughafens, für alle griechischen Flughäfen zusammen bietet! Das ist kein niedriger Preis in der jetzigen Lage, aber die Regierung zieht es eben vor, dass die Flughäfen öffentlich bleiben und unter Beteiligung von Kapitalanlegern und der jeweiligen Kommunalverwaltungen betrieben werden. Das wollen die Kommunalverwaltungen und auch die Touristikunternehmen. Sie wollen, dass die Flughäfen öffentlich bleiben und sie auch ein Mitspracherecht bekommen.

Eine neue Mischform von Unternehmen? Eine Art Public-Private-Partnership, was es auf kommunaler Ebene

schon gibt?

Wie zum Beispiel der Hamburger Hafen! Wir könnten mit Hamburg darüber ins Gespräch kommen. Die Hamburger haben ja auch schon die Modernisierung z.B. russischer Häfen übernommen. Wir könnten mit ihnen reden, und sehen, wie sie das machen. Und bezüglich der Flughäfen könnten wir auch mit Köln reden. Der Kölner Flughafen ist ein technischer Flughafen. Er ist nicht so wichtig wie der Frankfurter Flughafen, aber er ist ein zentraler Frachtflughafen in Deutschland. Da möchten wir gerne auch Rat von den Leuten in Hamburg und Köln bekommen.

Was sagt die „Troika“ – die Institutionen – zu diesen konkreten Vorstellungen?

„Nein, nein! – Wir haben abgemacht, dass Ihr verkauft.“ Und dann sollen wir auch verkaufen. Wir wollen auch dieses Abkommen modifizieren, denn auch diese Sorte Kooperation stellt eine Teilprivatisierung dar und der Ertrag soll vollständig in die Schuldentilgung fließen. Wir verhandeln darüber, denn wir wollen gar nichts für die Schuldentilgung zahlen.

Im IWF denkt man darüber nach, ob man diesen Kurs so weiter verfolgen kann oder doch eher Kompromisse machen muss?

Der IWF ist bereit, über die Höhe des jährlichen Budgetüberschusses zu verhandeln. Die vorherige Regierung hatte ein ganz verrücktes Abkommen geschlossen: der griechische Haushalt sollte demnach in diesem Jahr einen Überschuss von drei Prozent, 2016 von vier Prozent erzielen. Und danach sollte der Überschuss auf bis zu 7 Prozent steigen. Das erreicht kein Land der Welt!

Nun wurde im Februar vereinbart, dass der Überschuss für dieses Jahr auf 1,5 Prozent gesenkt wird. Wir wollen als Ziel eine Absenkung auf 1,2 Prozent. Von deutscher Seite hauptsächlich wird darauf bestanden, dass es mindestens 2 Prozent sein sollen. Und dieser Überschuss soll vollständig in die Schuldentilgung fließen.

Auch darüber streiten wir: Geht dieser Primärüberschuss in die Schuldentilgung oder kann er für wachstumsfördernde Ausgaben benutzt werden?!

Schuldentilgung und öffentliche Aufgaben

Werden denn die finanziellen Mittel ausreichen, die Löhne und Gehälter weiter zu bezahlen? Die Szenarien, die beschrieben werden, gehen davon aus, dass der griechische Staat Anfang Juli zahlungsunfähig ist und deswegen jetzt auch die kommunalen Finanzen über die Staatsbanken eingesammelt werden?

Das, was der griechische Staat zur Zeit macht, ist unter dem Begriff „hol-

ländisches Modell“ bekannt: Die Kassenbestände von öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen werden in ein Sonderkonto bei der Zentralbank eingezahlt und im Bedarfsfall vom Finanzministerium für kurzfristige staatliche Anleihen benutzt, Anleihen mit einer Laufzeit von zwei Wochen. Das bedeutet für die Kommunalverwaltungen, die öffentlichen Unternehmen und Organisationen, dass sie ihre Ausgaben planen müssen. Das Geld steht ihnen zur Verfügung, sie müssen aber alle zwei Wochen einen Ausgabenplan vorlegen, damit das Geld tatsächlich bereitgestellt wird. Das wird in Europa oft so gemacht. Aber tatsächlich befindet sich Holland z.B. nicht in einer solch schwierigen Lage wie Griechenland.

Griechenland kann nicht beides leisten. Griechenland kann nicht seine Schulden bedienen und gleichzeitig seine laufenden Ausgaben tätigen – obwohl es mit den Staatseinnahmen jetzt wieder aufwärts geht.

Steuerschuld und Steuerpolitik von Syryza

Vor den Wahlen und kurz danach gingen die Staatseinnahmen stark zurück, die Leute bezahlten einfach ihre Steuern nicht. Jetzt geht es wieder aufwärts. Der zuständige stellvertretende Finanzminister sagte, dass das Defizit der ersten Zeit schon ausgeglichen wurde. Unter anderem auch, weil die Regierung den Steuerschuldnern die Möglichkeit gegeben hat, ihre Schulden in Raten zu zahlen. Und wenn sie eine größere Summe zahlen sollen, dann werden sogar die Strafbeträge für diese Summen gestrichen.

Das ist notwendig, weil sich durch die Politik der letzten vierzig Jahre eine Summe an Steuerschulden in Höhe von fast 80 Milliarden Euro angehäuft hat. Es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Summe jemals bezahlt wird, weil viele Schuldner gestorben, Unternehmen Pleite gegangen und andere verschwunden sind. Also wir rechnen nicht damit, dass der griechische Staat diese Summe jemals erhält. Nach unseren Berechnungen vor den Wahlen halten wir es für möglich, eine Summe von 20 bis 25 Milliarden zu erhalten – aber nur, wenn man die Leute in die Steuerlegalität zurückführt, ohne ihre Steuerschulden zu streichen, aber auch ohne ihre Existenz zu zerstören.

Jetzt sind ja Steuerzahler in Griechenland sehr unterschiedlich. Du hast erwähnt, dass es sehr viele Gewerbetreibende und Einzelhändler gibt, also eine sehr starke Mittelschicht, und auf der anderen Seite dann aber die berühmten Reeder. Ist jetzt die Tatsache, dass die Steuerzahlung wieder zunimmt, a) ein Indiz dafür, dass der Mittelstand da mitzieht, und b) wie ist es mit den Reedern? Es ging hier auch

schon durch die Presse, dass Syryza die Reeder jetzt endgültig aus Griechenland vertrieben habe?

Das mit den Reedern ist viel komplizierter als es aussieht, weil die Steuerfreiheit der Reeder in der griechischen Verfassung verankert ist. Die europäische Besteuerung der Reeder ist eine sehr komische Geschichte: Auch die Bundesrepublik hat vor zwei Jahrzehnten das griechische Steuersystem für die Reeder übernommen: die Reeder werden nicht nach ihren Einkommen besteuert, sondern nach der Tonnage ihrer Schiffe. Das bedeutet nach Schätzungen von deutschen Stellen, dass die Reeder etwa ein Dreißigstel der Steuern zahlen, die sie sonst hätten zahlen müssen!

Begründet wurde die Änderung der Besteuerung damit, dass die deutschen Reeder steuerlich benachteiligt wären gegenüber ihren griechischen Kollegen. Im Ergebnis wäre die Landesbank Nord fast Pleite gegangen, weil sich viele Menschen auf Aktien von Reedereien gestürzt haben. Die Landesbank hat entsprechend kräftig Kredite gegeben. Damals waren auch die Preise, die Frachtraten sehr hoch. Als dann die Preise um 90 Prozent fielen, wurden die Schiffe an deutsche Reeder verkauft. Danach haben die griechischen Reeder wieder billig deutsche Schiffe gekauft. Sie beherrschen dies Geschäft, sie sind seit Generationen Reeder und können das.

Jedenfalls machten die Reeder in ganz Europa Druck, ihre Besteuerung zu senken, und Griechenland, Zypern, die Bundesrepublik und ich glaube auch Polen haben da nachgegeben und ein neues Steuersystem eingeführt. Wobei in Griechenland ist das freiwillig. D.h. die Reeder zahlen freiwillig Steuern, weil in Griechenland diese Steuerfreiheit der Reeder in der Verfassung verankert ist – das ist ein Abkommen des Reederverbands mit der Regierung.

Moderne Steuerverwaltung

Bleiben wir erst mal noch bei den Steuersätzen. Wir hatten vor den Wahlen sehr lange und intensiv über die Einkommenssteuern diskutiert, und zwar deswegen, weil die letzte Regierung die Steuersätze für niedrigere und mittlere Einkommen erhöht und für höhere Einkommen gesenkt hatte. Und wir wollten das ändern. Nun haben wir aber festgestellt, dass die Senkung der Spitzensteuersätze einen realen Grund hatte. Das war nicht einfach, um die Reichen zu schonen. Ein Genosse – er ist jetzt Rentner und war vorher Chefredakteur einer großen Zeitung – sagte auf einer Sitzung: „Also jetzt hört mal zu: ich habe als Chefredakteur 100.000 Euro im Jahr verdient und ich gehörte zu den 0,35 Prozent der Griechen, die so ein Einkommen angeben.“ Die

großen Einkommen sind also gar nicht erfasst. Es macht keinen Sinn mit einer Spitzensteuererhöhung die Staatseinnahmen zu erhöhen. Wir müssen als erstes einmal die Einkommen überhaupt erfassen!

Ein Instrument dafür ist ein Vermögenskataster. Das gibt es in Griechenland bisher nicht. Der griechische Staat weiß nicht, was für Vermögen seine Bürger haben und wie sich ihre Vermögenslage ändert. Alles Geld, das eingenommen wird, fließt irgendwohin. Irgendwas macht man damit. Hauptsächlich wird Vermögen gebildet. Man kauft sich Häuser, man kauft sich Beteiligungen, man legt es auf Konten. Und wenn man dieses Instrument Vermögenskataster hat, dann kann man den größeren Teil des bestehenden Einkommens erfassen und besteuern und man kann auch große Vermögen besteuern, weil man eben weiß, was große Vermögen sind. Aber das muss erst geschehen. Wir rechnen damit, dass wir für diese Arbeit ungefähr ein Jahr brauchen.

Wie wurde früher erfasst, wer wieviel Steuern bezahlen muss? Nur wer freiwillig sich gemeldet hat, dass er was einnimmt, hat dann gezahlt?

Also, Lohn- und Gehaltsbezieher haben sowieso Steuern bezahlt. Aber da sagte dieser Genosse, dass er von Kollegen wüsste mit auch etwa 100.000 Euro Einkommen, aber dann nochmal 400.000 Euro „unterm Tisch“. Schwarzes Geld. Und es sind auch Großanwälte, Ärzte, die eben Steuer hinterziehen. Vor kurzem wurde ein Bauunternehmer verhaftet, der auf der Liste stand, die Frau Lagarde als Finanzministerin der griechischen Finanzministerin übergeben hatte. Diese Liste – mit 2.500 Namen von Menschen, die in nur einer Schweizer Bank Konten hatten, war ein Jahr lang verschwunden. Dann wurde sie gefälscht, dann war sie plötzlich wieder da! Jedenfalls wurden in dieser Zeit von den noch über 2000 Namen auf dieser Liste, ich glaube 35 überprüft. Nun kam es zur ersten Verhaftung und das ist DER nationale Bauunternehmer. Er bekommt die meisten öffentlichen Aufträge, er besitzt eine Fernsehstation und wurde nun wegen Steuerhinterziehung festgenommen. Und innerhalb einer halben Stunde hat er zwei Millionen Euro hingeblickt. Nicht als Kautions, das war die erste Rate für die Rückzahlung seiner Steuerschulden. Weil ihm sonst ein Strafprozess droht. Und die Strafgesetze in Griechenland für Steuerhinterziehung sind ziemlich scharf. Also Steuerhinterziehung, Korruption wird nach dem griechischen Strafbuch ziemlich hart bestraft, Korruption zu Lasten des Staates – darauf steht lebenslänglich. Wir haben auch einen Minister, der vor wenigen Jahren zu lebenslänglich verurteilt wurde,

ein ehemaliger Verteidigungsminister – wegen der Siemensaffäre. Aber jeder weiß, dass er als Sündenbock diente, um den eigentlichen Skandal, die Finanzierung der bürgerlichen Parteien, zu vertuschen.

Wie verhält sich denn der kleinere Mittelstand? Das ist sicherlich auch eine spannende Frage. Syriza wird ja sicher auch zum Teil vom Mittelstand unterstützt.

Die Steuerpolitik trifft sie, aber diese Politik der sanften Rückführung in die Steuerlegalität wird begrüßt. Sie beruht ja darauf, dass sie nicht so viel bezahlen müssen. Dadurch nimmt der Staat Geld ein und sie können auch eine Last loswerden und einer Gefahr entgehen, die ihre Existenz bedrohte. Sie haben ja auch früher dafür bezahlt, allerdings nicht in die Staatskasse, sondern in die privaten Taschen von korrupten Finanzbeamten.

„Die Luft, die wir brauchen, um unsere Reformpläne umzusetzen“

Wie geht es dann weiter, wenn es jetzt bei den Verhandlungen nicht zu Kompromissen kommt oder nicht in solchem Umfang, dass Ihr sagt, das ist die Luft, die wir brauchen, um die Reformpläne umzusetzen?

Sollten wir zu keiner Einigung kommen, wird Griechenland Ende des Sommers seine Schulden nicht mehr aus eigener Kraft bedienen können. Was Griechenland im letzten Jahr geschafft hat, also seit dem letzten Sommer bis jetzt, ist fast einmalig: Die Bedienung der öffentlichen Schuld aus eigener Kraft ohne Anleihen. Staaten refinanzieren ihre Schulden ja, sie zahlen sie nicht zurück. Das hatte nur Rumänien geschafft, das ist dann aber nicht gut gegangen. Also: Griechenland wird seine Schulden nicht mehr bedienen können. Syriza hatte vor den Wahlen und die neue Regierung danach erklärt, wo die Grenze der Belastung für Griechenland liegt. Diese Grenze ist die Reproduktionsmöglichkeit der Gesellschaft. Wo diese Grenze genau liegt, das kann man nicht von vorneherein sagen. Wir suchen nach Auswegen. Aber wir können in eine Sackgasse geraten. Und dann kann Griechenland seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen – mit allen Konsequenzen, die das mit sich bringt.

Konsequenzen, wenn die Verhandlungen scheitern

Die erste Konsequenz ist, dass Griechenland von jeglichem Kredit ausgeschlossen wäre. Allerdings hat unsere Politik von Anfang auf einen ausgeglichenen Haushalt gesetzt. Wir haben gesagt: die Linke ist nicht für Defizite. Defizite sind immer eine Notlösung. Und inzwischen hat Griechenland einen ausgeglichenen Haushalt und wir wollen dies auch fortsetzen. Insofern

sind die inneren Zahlungsverpflichtungen gesichert. Weniger gesichert sind bestimmte Einfuhren, aber wir haben, glaub ich, günstige Angebote von befreundeten Ländern für z.B. die Erdöleinfuhr.

Das heißt, die griechische Wirtschaft soll sich umorientieren zu anderen Märkten?

Nein, nicht unbedingt. In bestimmten Bereichen müssen wir sehen, wie wir klar kommen. Nein, man kann nicht damit rechnen, dass die griechischen Exporte in andere Länder gehen, wenn die Hauptkunden der griechischen Wirtschaft in der EU, Europäer sind. Auch bei den Einfuhren könnte man denken, dass einige Sachen von anderen Quellen bezogen würden, wo die Zahlungsmodalitäten günstiger sind. Inzwischen müssen griechische Unternehmen ihre Importe im Voraus bezahlen, und das geht nicht, das kann keine Wirtschaft aushalten. Da müssen wir im Notfall andere Quellen, Lösungen suchen.

Die politische Landschaft

Wie siehst Du die Entwicklung der politischen Landschaft in Griechenland, wenn es zu keinem Kompromiss kommt, Griechenland in gewisser Weise abgehängt würde von der EU? Was für Konstellationen könnten sich dann ergeben? Ihr habt eine schwierige Dreier-Koalitionsregierung aus Syriza, den Unabhängigen Griechen und den Grünen!

Nein, nein, das ist nicht schwierig. Es hat mich auch gewundert, wie gut das funktioniert. Das Problem war, das hat Tsipras sehr scharf formuliert im Wahlkampf: wir wollen die Troika nicht in der Regierung haben. Das heißt, es muss eine Partei – falls wir nicht die absolute Mehrheit bekommen – es muss eine Partei, ein Koalitionspartner gefunden werden, der unser Programm mitträgt. Und die einzigen, die von Anfang gesagt haben: „Wir tragen dieses Programm mit – mit Ausnahmen“, waren die Unabhängigen Griechen, eine Abspaltung der Konservativen Partei. Und zwar hatten die sich abgespalten in den Abstimmungen um die Politik der Troika, um die Anleihen. Schwierigkeiten haben sie bei der Migrationspolitik, bei der Sicherheitspolitik, bei der inneren Sicherheit – aber inzwischen tragen sie ja unsere Politik mit. Beispielsweise zur jetzigen Flüchtlingskrise sagte deren Vorsitzender, während alle Konservativen nach Frontex und Militäreinsätzen schreien: „Wozu brauchen wir Frontex, die Millionen schluckt und im Meer spazieren geht. Wir brauchen Geld für Strukturen für die Aufnahme dieser Leute.“ Und das ist linke Politik.

Ich weiß nicht, ob sie im Parlament für das Gesetz zur Einbürgerung von Migrantkindern stimmen werden,

aber da müssen wir eben Mehrheiten woanders suchen. Und da haben sie nichts dagegen. Sie machen das nicht zur Koalitionsfrage. Sie sagen: okay, wenn wir uns enthalten oder dagegen stimmen können und die Regierung die Mehrheit woanders sucht, dann ist das okay.

Hätte Syriza etwa mit der neuen sozialliberalen Partei „To Potami“ koalitiert, die sich dafür angeboten hatte, wäre bei der ersten Schwierigkeit in den Brüsseler Verhandlungen eine Koalitionskrise ausgebrochen.

Erfolgreich verhandeln – Unterstützung und Bündnispartner

Gibt es Bündnispartner für Eure Politik oder steht Griechenland da allein gegen die drei Institutionen?

Es sind vier Institutionen: EU, IWF, EZB und EFSF (European Financial Stability Facility). Was sich in den Verhandlungen nach den Wahlen im Januar gezeigt hat: man hat aufgrund der Griechenlandfrage in Europa auch an höchster Stelle angefangen über Europa zu reden. Und dabei haben sich Risse gezeigt, merkwürdige Risse. Sie haben nicht unbedingt etwas mit Griechenland zu tun, sie haben nicht unbedingt mit der Finanz- oder Wirtschaftspolitik zu tun – aber z.B. gibt es unterschiedliche Stellungnahmen der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates. Es geht dabei nicht um Griechenland, es geht darum, wer Europa führt. Und das Merkwürdige – deswegen sage ich „merkwürdige Risse“ – ist, dass der konservative Vorsitzende der Europäischen Kommission sich europäischer und solidarischer zeigt als der sozialdemokratische Vorsitzende der Eurogruppe. Aber das hat – wie gesagt – nichts mit Griechenland zu tun, das hat was mit der Diskussion um Europa, den Aufbau Europas zu tun.

Und außerdem gibt es Differenzierungen, innerhalb von Regierungen: die italienische Regierung, Teile der französischen Regierung und auf jeden Fall die österreichische Regierung. In Österreich ist das Problem, dass der Finanzminister eine so starke Stellung durch die Verfassung hat wie der deutsche Finanzminister, und das ist ein harter Konservativer. Aber trotzdem – natürlich wird die SPÖ nicht ihre Koalition aufs Spiel setzen. Man sieht auch die Differenzen zwischen Merkel und Schäuble, aber Merkel wird nicht ihren Finanzminister entlassen, vor allem weil Schäuble die Partei mehr kontrolliert als Merkel.

Was ist von den Aussagen zu halten, 70 Prozent der Forderungen in den Verhandlungen würden von der griechischen Regierung mitgetragen und über die anderen 30 Prozent müsse verhandelt werde?

Das ist sehr schematisch dargestellt. Diese sogenannten 70 Prozent betref-

fen Felder, die von den vorigen Regierungen bei ihren Gesprächen mit der Troika ausgeklammert wurden. Die Verwaltungsreform wurde ausgeklammert, die Steuerreform wurde ausgeklammert, die Verfolgung der Steuerrückzahlung wurde ausgeklammert. Man hat nicht darüber geredet. Es gab auch keinen Topf dafür. Verwaltungsreform wurde verstanden als Entlassung von Beamten, als Schließung von Krankenhäusern und Schulen. Das ist aber keine Verwaltungsreform. Die EU-Beamten waren damit zufrieden. „Okay. Wenn Ihr 10.000 Beamte entlasst: okay. Könnt Ihr nicht noch ein paar ...?“ Da machen wir nicht mit. Unsere Verwaltungsreform sieht anders aus.

Reformpunkte von Syriza

Wie sieht die Verwaltungsreform aus, wie geht ihr den Auf- bzw. Umbau an? Darüber ist hierzulande nahezu nichts zu erfahren.

Das Konzept ist eine demokratische Verwaltungsreform, die alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes betrifft, ob beamtet oder nicht beamtet. Das Beamtentum ist so ähnlich wie in Deutschland: es gibt Beamte auf Lebenszeit und andere Beschäftigte. Wir streben eine Verschlankung der Ministerien an, der Ministerialbürokratie. Das wurde schon begonnen, dazu sind keine Gesetze nötig. Den Beamten in den Ministerien werden viel mehr Aufgaben übertragen als bisher. Und das geht einher mit einer Verminderung der Berater der Minister. Normalerweise kann ein neuer Minister seinen Beamtenapparat nicht sofort kontrollieren. Und deswegen war es üblich, dass er Berater einstellte, die solange dienten, wie er Minister war, mit sehr hohen Gehältern. Ihre Zahl wurde auf ein Drittel gekürzt und gleichzeitig den Beamten in den Ministerien die Aufgaben der Berater übertragen. Wir versuchen sie zu mobilisieren, ihnen zu sagen: „So, Ihr seid hier diejenigen, die die Regierungspolitik umsetzen müssen, und Ihr setzt sie um!“ Und es wird versucht, in Diskussionen mit den Menschen ein Vertrauensklima zu schaffen. Selbstverständlich werden Versetzungen nicht ausbleiben. Damit kann überzähliges Personal aus Ministerien, das anderswo fehlt, woanders eingesetzt werden. Das ist die eine wichtige Maßnahme.

Die zweite ist die Ausbildung der Beamten. In Griechenland gibt es eigentlich nur Institutionen für die Ausbildung von Beamten in Höchstpositionen. Die mittlere Beamtenschaft kommt von den Schulen oder von der Universität und wird eigentlich nicht ausgebildet. Da wollen wir Maßnahmen ergreifen, das geht nicht von heute auf morgen. Das braucht seine Zeit. Da müssen die Universitäten Kapazitäten

zur Verfügung stellen. Und wir werden die Anzahl erhöhen, wo es nötig ist.

Welche Bereiche denn sind von Umbesetzungen und die Stellenerhöhungen betroffen?

Erhöht werden muss die Anzahl der Beschäftigten im Bildungsbereich. Inzwischen können die Universitäten nicht mehr funktionieren, sie können keine Studenten mehr immatrikulieren, weil sie keine Leute haben. Also da wird es auf jeden Fall eine Erhöhung der Beschäftigung geben. Und im Gesundheitsbereich. Also das ist charakteristisch: Ihr kennt das hier auch, dass der öffentliche Dienst verschrien ist: „Aufgebläht, tun nichts, Bürokraten.“ Nun merken die Leute langsam, dass ein kleinerer öffentlicher Dienst weniger Ärzte bedeutet und weniger Lehrer – ein richtiger Aha-Effekt. Die ersten, die entlassen wurden, das waren die Hausmeister der Schulen, mit der Folge, dass eben keine Reparaturen mehr durchgeführt werden oder die Schulen nicht bewacht werden. Wir werden Stellen streichen, aber ohne Entlassungen, und zwar dort, wo die elektronische Datenverarbeitung nötig, aber noch nicht eingeführt worden ist. Und das ist in sehr vielen Ministerien so.

Es besteht ein sehr großer Nachholbedarf, was die Modernisierung und die technische Ausstattung betrifft. Ist das auch Konsens mit den Verhandlungspartnern?

Das ist eine Zielvorgabe, über die wir im Wahlkampf gesagt haben, wir brauchen sie nicht. Das ist unser Programm. Das hätten wir sowieso gemacht. Die sagen: ja okay, aber ihr müsst entlassen.

Politische Lager

Wie entwickelt sich die Zustimmung zur Politik von Syriza innerhalb Griechenlands? Viele Menschen, auch viele Griechen, die hier in Deutschland leben, und absolut nicht links waren, haben in der Situation Griechenlands ihre Hoffnung in die Regierung gesetzt und sie gewählt. Wie entwickelt sich die Zustimmung im Land?

Ich persönlich erlebe sehr viele Leute, die mir sagen: „Ich schäme mich, dass ich Euch nicht gewählt habe.“ Sie sind froh, dass die alte Regierung weg ist und haben ein gewisses Selbstvertrauen entwickelt, dass uns unterstützt.

Demgegenüber ist die Opposition in der Bevölkerung diskreditiert. Die Sozialdemokratie existiert nicht mehr als Partei, was gut ist, denn das war ein korrupter Haufen. Die schlechte Seite dieses Niedergangs ist, dass auch die Gewerkschaften zusammengebrochen sind, und zwar tatsächlich zusammengebrochen sind. Die beste Möglichkeit, eine Versammlung zum Scheitern zu bringen, ist, den Gewerkschaftsvorsitzenden einzuladen. Das ist sehr bitter. Gewerkschaftsaufbau muss sein. Und

das kann nicht mit ministeriellem Erlass geschehen. Unser Arbeitsminister ist ein feiner Kerl, aber er kann keine Gewerkschaft aufbauen.

Gibt es denn Ansätze? Sind die Belegschaften überhaupt dazu bereit?

Nein. Der Gewerkschaftsgedanke ist diskreditiert. Gewerkschaften, das sind in den Augen der Menschen Funktionäre, die ihre Karriere machen wollen, und korrupt. Es gibt natürlich Ansätze. Die kommunistische Partei hat einige Kräfte da und wir auch. Wir versuchen Basisinitiativen in den Betrieben zu unterstützen. Das ist aber auch schwierig, weil weder unsere Genossen, noch andere Kollegen begreifen, dass Gewerkschaften nicht eine Parteiangelegenheit sind. Sehr schwierig.

Das ist so: mach mal! Und das war von beiden Seiten. Also: „Wir sind die Partei, wir müssen hier führen.“ Und von der anderen Seite: „Führt!“ Und das hatten wir auch bei diesen Solidaritätseinrichtungen gesehen, wo wir den Leuten sagten: „Unsere einzige Funktion als Partei ist, dass unsere Mitglieder dahin kommen, aber nicht als Parteivertreter, sondern sie müssen da selber Initiative ergreifen, wie wir alle auch. Und dass unsere Abgeordneten 20 Prozent ihrer Bezüge abgeben.“

Die konservative Partei, die Nea Demokratia, hat eine gewisse Stärke, obwohl es ist der niedrigste Stand seit

ihrer Gründung, ihre Führung wird angezweifelt von den meisten Parteimitgliedern. Und sie hat kein politisches Personal mehr. Sie hat keine Leute, die nicht irgendwie in irgendwelche Skandale verwickelt waren. Sie muss zusehen, wie sie neue Leute kriegt. Und sie hat auch keine Politik, keine Politik der Erneuerung. Es ist für uns sehr günstig, wenn da Politiker sind, die einfach ihre Vergangenheit verteidigen, das ist große Klasse.

Aber es gibt Kräfte in der konservativen Partei, die vorschlagen: „Wir müssen das neue Kräfteverhältnis akzeptieren und unsere Politik auf der Grundlage des neuen Kräfteverhältnisses aufbauen.“ Aber dazu braucht es sehr viel Kraft. Und die haben sie nicht.

Gibt es in der Opposition Kräfte, sich der Regierung zu nähern, mit euch zusammenzuarbeiten?

Da sind die Konservativen gespalten: die Führung der Partei ist auf den Sturz der Regierung aus. Und manchmal sieht es so aus, als würden sie auch an ihre europäischen Freunde appellieren. Es hat Interviews mit konservativen Politikern gegeben, die dazu aufrufen: „Gebt nicht nach!“ Aber es gibt inzwischen auch eine merkwürdige Tendenz, dass auch Teile des rechtsradikalen Flügels sich langsam von der Führung abtrennen. Die sagen, wir müssen mit der Regierung kooperieren.

Und das faschistische Lager, die

Faschisten von der Morgenröte? Im Moment läuft gerade ein Gerichtsverfahren

Gegen die gesamte Fraktion und die gesamte Parteiführung! Aber das scheint sie nicht bedeutend zu schwächen. Es hat ihren Aufstieg begrenzt. Aber bedeutend hat das ihren Einfluss nicht begrenzt. Allerdings: in manchen Regionen und Stadtteilen nähern sich vor allen Dingen junge Leute, die für die Faschisten gestimmt hatten, uns an. Das sind ja Protestwähler. Es gab bei uns da auch einen Streit darüber, wie wir damit umgehen. Einer unserer Kandidaten – er ist jetzt Minister für die Handelsmarine – der hat sich ins Café gesetzt mit einer Gruppe von vier oder fünf jungen Nazis und hat mit ihnen diskutiert. „Aber wieso, das sind ja junge Leute, die kenne ich ja, die sind aus der Nachbarschaft.“ Aber das wurde sehr kritisiert – zu Unrecht, glaube ich.

Theodorus, wir danken Dir für das Gespräch.

Das Gespräch mit Theodorus Paraskevopoulos führten Matthias Paykowski und Thomas Trüper am 25. April in Stuttgart, unterstützt von Dagmar Uhlig und Eva Detscher.

geringfügig gekürzt, vollständig veröffentlicht am 13.5. unter www.die-linke-bw.de

Hamburg: Gefahrenggebiete auflösen!

Von Christiane Schneider

Am 17. April befasste sich das Hamburger Obergerverwaltungsgericht grundsätzlich mit der Problematik „Gefahrenggebiet“. Anlass bot die Klage einer Schanzen-Bewohnerin, die im April 2011 in einem Gefahrenggebiet im Schanzenviertel ohne Anlass kontrolliert und durchsucht worden war. Seine Entscheidung wird das Gericht voraussichtlich am 13. Mai verkünden. Nach der sehr kritischen Erörterung am 17. April ist aber damit zu rechnen, dass dieses polizeiliche Instrument, zumindest in seiner jetzigen Form, nicht länger aufrechterhalten werden kann. Die Richter kritisierten die verdachtsunabhängigen Kontrollen, Durchsuchungen, Aufenthaltsverbote und Ingewahrsamnahmen als erhebliche Eingriffe in die Grundrechte und ließen erkennen, dass sie die Auswei-

sung von Gefahrenggebieten durch die Polizei für verfassungswidrig halten. 51-mal hat die Polizei bisher von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Orte, Straßenzüge oder gleich ganze Stadtteile zum Gefahrenggebiet zu erklären. Die

Ermächtigung dazu wurde 2005 im Gesetz verankert,¹ doch schon vorher gab es Gefahrenggebiete, seit 1995 z.B. in St. Georg.

Die Linksfraktion setzt sich seit 2009 (2008 waren wir erstmals in die Bür-



Demo am 18.12.2014 (Foto: Christiane Schneider)

1 In § 4, Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen, des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei heißt es unter (2): »Die Polizei darf im öffentlichen Raum in einem bestimmten Gebiet Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen, soweit auf Grund von konkreten Lagekenntnissen anzunehmen ist, dass in diesem Gebiet Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden und die Maßnahme zur Verhütung der Straftaten erforderlich ist. (...)«

gerschaft eingezogen) kritisch damit auseinander. Wir haben viele Anfragen dazu gestellt und die Praxis der Gefahrengebiete umfangreich dokumentiert (siehe www.grundrechte-kampagne.de).

Aber erst Anfang 2014 hat die Kritik eine breite Öffentlichkeit, in Hamburg und bundesweit, erreicht. Damals hatte, nach einem angeblichen Angriff auf die Davidwache, die Polizei das bisher größte Gefahrengebiet errichtet, von dem rund 80 000 AnwohnerInnen in St. Pauli und dem Schanzenviertel betroffen waren. Sie stieß mit dieser drastischen und provokativen Demonstration der Staatsgewalt auf einen breit getragenen, friedlichen, subversiven, kreativen Widerstand im betroffenen Gebiet und auf eine sehr massive Kritik, die insbesondere von den großen überregionalen liberalen Tageszeitungen sowie von juristischer Seite vorgebracht wurde. Nach der kritischen Erörterung des Oberverwaltungsgerichts hat Die Linke den Senat aufgefordert, die derzeit bestehenden drei Gefahrengebiete in St. Georg, St. Pauli (Vergnügungsviertel) und St. Pauli unverzüglich aufzulösen und die darauf gestützten Polizeimaßnahmen zu stoppen. Wir wollen keine „Reform“, sondern die Abschaffung dieses polizeilichen Instruments des Gefahrengebiets. Dafür will ich drei grundlegende Argumente nennen:

Erstens ist dieses *polizeiliche* Instrument ein sehr *politisches* Instrument: eine Ermächtigung der Polizei, nicht nur in einem „bestimmten Gebiet“ verdachts- und anlasslos Bürgerrechte, Persönlichkeitsrechte einzuschränken, sondern damit Politik zu machen. Das trifft nicht nur für das oben genannte große Gefahrengebiet Anfang 2014, sondern für sehr viele der bisherigen Gefahrengebiete zu. Wenn die Polizei per Gesetz ermächtigt ist, Zielgruppen festzulegen, um sie dann systematisch zu kontrollieren, wenn sie etwa im Dauer-Gefahrengebiet St. Georg, das mit „Lageerkenntnisse(n) zu Drogenkriminalität“ begründet wird, allein über 100 000 Aufenthaltsverbote erteilt hat, dann macht sie natürlich Politik. Dann versucht sie, soziale Probleme durch die systematische Verdrängung von Junkies polizeilich zu „lösen“. Vor allem aber schaffte sie mit dieser Verdrängungspolitik eine Voraussetzung für die Gentrifizierung St. Georgs. Damit wurden der Polizei Befugnisse zugestanden, die sie in einer demokratischen Republik nicht haben darf. Deshalb muss die Ermächtigungsgrundlage aus dem Gesetz gestrichen werden.

Zweitens ist die polizeiliche Ermächtigung durch das Gesetz nicht, wie rechtsstaatlich zu verlangen, begrenzt und präzise, sondern weitreichend und unpräzise. Je weitreichender po-

lizeiliche Ermächtigungen ausfallen und je unpräziser sie ausgestaltet sind, desto größer ist die Gefahr willkürlichen polizeilichen Handelns. Da die polizeilichen Kontrollen im Gefahrengebiet nicht aufgrund konkreter Verdachtsmomente erfolgen, sondern verdachtsunabhängig, gibt es keine sinnvollen Kriterien für die Auswahl der zu kontrollierenden Personen. Wir haben in unseren Kleinen Anfragen immer wieder nach „Zielgruppen“ polizeilicher Kontrollen gefragt und unter anderem folgende Antworten erhalten, die an Unbestimmtheit kaum zu übertreffen sind:

„Personengruppen, die augenscheinlich nach ihrem äußeren Erscheinungsbild und/oder ihrem Auftreten der linksradikalen/autonomen Szene zugeordnet werden können“,

„16–35-jährige Personen in Gruppen (ab drei Personen), die eine Gefahrenneigung erkennen lassen“,

„Potentielle BTM-[Betäubungsmittel]-Dealer im Alter zwischen 16 und 40 Jahren, ... die wiederkehrend, scheinbar beliebig, Präsenz im Gefahrengebiet zeigen ...“, und soweit sofort.

Die Kontrolltätigkeit wird durch Pauschalverdächtigungen geleitet, und infolgedessen werden bestimmte Personengruppen, z.B. DrogenkonsumentInnen, stigmatisiert. Ganze Stadtteile werden als „gefährlich“ gebrandmarkt. Weiterhin ist uns z.B. im ehemaligen Gefahrengebiet Bergedorf aufgefallen, dass die Kontrollen zu einem überproportional hohen Anteil jugendliche MigrantInnen trafen. Die Gefahr von auch ethnischer Diskriminierung ist bei dieser Art verdachtsunabhängiger Kontrollen sehr hoch. Dieser Effekt der Stigmatisierung und Diskriminierung ist den verdachtsunabhängigen Kontrollen im Gefahrengebiet einge-

schrieben. Auch deshalb muss die Ermächtigung aus dem Gesetz gestrichen werden. Drittens werden die Ursachen von Kriminalität durch die Errichtung von Gefahrengebieten nicht behoben. Vielmehr tritt ein bekannter Effekt auf – Beispiel Ottensen: Mit der Aufnahme verdachtsunabhängiger Kontrollen im zweiten Halbjahr 2005 stieg die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Drogendelikte um 57%. Nach Ende dieser Kontrollen sanken die Zahlen wieder um 49%. Mit anderen Worten: Die „Gefährlichkeit“ eines Gebietes bestätigt sich durch die Kontrollen. Ändern tut sich nichts. Die damalige Begründung für die gesetzliche Ermächtigung zu verdachtsunabhängigen Kontrollen im Gefahrengebiet, die bessere Bekämpfung von Erscheinungen von Kriminalität, hält der Prüfung nicht stand. Auch deshalb muss sie wieder aus dem Gesetz gestrichen werden.

In der Auseinandersetzung um das Gefahrengebiet Anfang 2014 war sehr deutlich geworden, dass bei diesem weitreichenden Instrument das Prinzip der Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben ist. Über den „kleinen Ausnahmezustand“, wie Heribert Prantl seinerzeit in der „Süddeutschen Zeitung“ die Situation treffend beschrieb, entscheidet ausschließlich die Polizei, ja wenige Polizeiführer. Nicht einmal der Innensenator und der Polizeipräsident waren damals an der Entscheidung beteiligt oder auch nur rechtzeitig informiert. Das erfüllt nicht einmal Mindestbedingungen von Rechtsstaatlichkeit.

Ich bin gespannt auf das Urteil und darauf, wie der rotgrüne Senat damit umgehen wird. Unsere Forderung bleibt: Die Gefahrengebiete müssen abgeschafft werden.

Die Türkei vor den Wahlen: Kommt die HDP ins Parlament oder stockt der Friedensprozess?

9. Mai 2015. Seit dem 8. Mai bis zum 31. Mai können türkische Staatsbürger in den Konsulaten ihre Stimme zu den Parlamentswahlen abgeben. In Deutschland leben 1,4 Millionen türkische Wahlberechtigte. 98 000 haben sich in die Wählerlisten eingetragen. Die Stimmen aus dem Ausland können bei diesen Wahlen große Bedeutung gewinnen und vielleicht auch den Ausschlag für das Endergebnis geben. Von den 56,6 Millionen Wahlberechtigten leben 2,9 Millionen im Ausland, also über 5 %.

In den aktuellen Umfragen zu den türkischen Parlamentswahlen am 7. Juni hat die allein regierende islamisch-konservative AKP nicht mehr die absolute Mehrheit sondern kommt auf 38 bis 42 %, die kemalistische nati-

onalistische CHP auf 27 %, die extrem rechtsnationalistische MHP auf 17 % und die von der kurdischen BDP und türkischen sozialistischen Parteien gegründete HDP auf 11 %. Es wird also spannend, ob die HDP ins Parlament kommt. Davon hängt es ab, ob die AKP eine Mehrheit im Parlament hat, vielleicht sogar eine verfassungsändernde Mehrheit. Den Umfragen zu Folge ist die AKP in einer schwierigen Lage, in der nicht regierungsdominierten türkischen Presse wird sogar von einem Niedergang der AKP gesprochen, wozu die schlechte wirtschaftliche Entwicklung und zunehmende außenpolitische Isolierung beitragen. Sollte die HDP ins Parlament kommen und die Umfragewerte in etwa eintreffen, wird die AKP sich nach einem Koalitionspart-

ner umsehen müssen. Dementsprechend werben die Parteien auch um die Stimmen der türkischen Staatsbürger im Ausland. Alle Parteien führen Kundgebungen mit Spitzenpolitikern durch.

Für die allein regierende AKP kommt der türkische Staatspräsident Erdogan als „Privatperson“ am 10.5. auf eine Großveranstaltung in den Messehallen nach Karlsruhe (nach Abfassung dieses Artikels) und wird am nächsten Tag in Belgien sprechen. Offiziell haben die Bundesregierung und der Karlsruher Oberbürgermeister nichts von dem Auftritt Erdogans erfahren. Gegen diese Veranstaltungen sind Demonstrationen der kurdischen und türkischen Linken angemeldet. Der MHP-Vorsitzende sprach Ende April vor 10 000 Menschen auf einer Veranstaltung der faschistischen Grauen Wölfe in Oberhausen. Dabei sei angemerkt, dass die CDU in Nordrhein-Westfalen immer noch Mitglieder der Grauen Wölfe in Reihen hat.

Die Partei der Völker HDP ist zur Zeit mit zehn Kandidaten in Europa auf Wahlveranstaltungen unterwegs. In vielen Städten haben sich Bündnisse zur Unterstützung der HDP gebildet, in denen kurdische Vereine, alevitische Gemeinden, türkische Linke, DİDF usw. zusammengetan haben. Sie organisieren die Veranstaltungen, machen Hausbesuche und viele andere Werbemaßnahmen für die HDP.

In Karlsruhe sprachen der ehemalige Bezirksbürgermeister aus Diyarbakir-Sur, Abdullah Demirbas, und der alevitische Kandidat aus Istanbul, Turgut Öker, vor 250 Zuhörern im Verdi-Gewerkschaftssaal. Die Karlsruher Bundestagsabgeordnete der Linken Karin Binder hob in ihrem Grußwort die Bedeutung der HDP für eine mögliche demokratische Entwicklung der Türkei und den Friedensprozess mit der PKK hervor (siehe Bild). Karin Binder wird an einer Delegation zur Wahlbeobachtung am 7. Juni in Diyarbakir sein. Die Delegation kam auf Einladung der HDP und der Stadt Diyarbakir zustande. Ihr gehören auch Stadt- und Kreisräte der Linken aus Mannheim, Heilbronn und der Ortenau sowie Funktionsträger vom AK Asyl, dem Landesvorstand der alevitischen Gemeinden und weiteren NGOs an.

In der Türkei hat sich das politische Klima vor den Wahlen erheblich verschärft. Der türkische Präsident Erdogan sprach auf einer Kundgebung in Ankara davon, dass es „kein Kurdenproblem in der Türkei“ gäbe, nur die HDP hätte eins. So beschimpft er tagtäglich die HDP und greift ins Vokabular der 90er Jahre wenn er sagt, dass es Verrat sei, von der kurdischen Frage zu sprechen. Die Proteste gegen den Gezipark in Istanbul, die vier Demonstranten das Leben gekostet hat-

ten, verhöhnt er ebenso. Bei seinen Veranstaltungen in den kurdischen Städten Diyarbakir, Batman und Siirt wurde der Präsident dann auch nicht von den Bürgermeistern der HDP begrüßt und empfangen. Die HDP protestierte vergeblich bei der Wahlkommission gegen Wahlkampfauftritte des Präsidenten, der nach der Verfassung zur Neutralität verpflichtet ist.

In seiner 13jährigen Regierungszeit hat Erdogan erst gemeinsam mit der Gülen-Bewegung den Einfluss der kemalistischen Parteien und des Militärs gebrochen, dann ist er gegen die Gülen-Bewegung vorgegangen und hat viele seiner AKP-Mitstreiter und Staatsanwälte, Richter und Staatsangestellte aus ihren Stellungen beseitigt und mit Prozessen überzogen. Jetzt haben die Machtkämpfe auch den Kern der AKP erreicht. Der stellvertretende Ministerpräsident verbat sich eine Einmischung Erdogans in die Friedensgespräche mit der PKK. Auch sein Amtsvorgänger Gül warnte ihn, die Polarisierung der Türkei im Wahlkampf weiter zu verschärfen. Erdogan torpediert aber jeglichen Fortschritt in dieser Frage. In dem Wahlprogramm der AKP wurde die Passage über den Friedensprozess mit der PKK ersatzlos gestrichen.

Seit April geht das türkische Militär wieder gegen PKK-Stellungen in der Türkei und im Nordirak vor. Aus veröffentlichten Telefongesprächen zwischen dem Innenminister und dem Gouverneur von Agri wurde bekannt, dass diese Angriffe auf die seit zwei Jahren sich im Waffenstillstand befindenden PKK-Einheiten der Stim-



mungsmache und Hetze gegen die HDP dienen. Für das Ziel, ein Präsidialsystem mit ihm als AKP-Diktator in der Türkei einzuführen und dazu entsprechend die Verfassung zu ändern, kann Erdogan keine kurdische Opposition im Parlament brauchen und ist derzeit sogar bereit, den ohnehin schon fragilen Friedensprozess mit der PKK zu opfern.

Sollte die HDP nicht den Einzug ins Parlament schaffen, also an der 10-Prozent-Hürde scheitern, dann wären die oppositionellen Kräfte der Kurden und der türkischen Linken nicht im Parlament vertreten. Es ist anzunehmen, dass dann Erdogan die Auseinandersetzungen gegen die Kurden und die Opposition in der Türkei verschärfen wird. Ein Friedensprozess mit den Kurden wäre auf Jahre wieder verschoben.

Deshalb ist die Unterstützung der HDP bei diesen Wahlen wichtig. Hier in Deutschland sollten Parteien und Funktionsträger Position für den Friedensprozess mit den Kurden beziehen.

Rudolf Bürgel

Seit den 90er Jahren ist die kurdische Bewegung in der Türkei im türkischen Parlament vertreten und stellt die Mehrheit der Bürgermeister und Stadträte in den kurdischen Provinzen der Türkei. Viele von ihnen landeten wegen ihres politischen Engagements im Gefängnis, erinnert sei an die Verhaftung von sechs Abgeordneten 1994 aus dem Parlament heraus. Die bekanntesten waren Leyla Zana, Hatip Dicle, Ahmet Türk und Orhan Dogan. Zuletzt waren 39 Abgeordnete im Parlament. Sie kandidierten immer als unabhängige Kandidaten. Eine kurdische Partei nach der anderen wurde verboten: HEP, HADEP, DTP, DEP, DEHAP. Die BDP schaffte im Klima der immer weiteren Einschränkungen demokratischer Rechte, sich mit sechs sozialistischen Parteien zur HDP zusammenzuschließen. Erstmals kandidierte die HDP bei den Kommunalwahlen 2014

in den Provinzen der Westtürkei und erreichte dort mehr als drei Prozent. Rechnet man die Stimmen der BDP, die die Mehrheit in den kurdischen Provinzen erreichte, kam man landesweit auf über sechs Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen erreichte der Kandidat der HDP Dermitas landesweit auf fast acht Prozent. Dieses Ergebnis war eine Wende. Als gesamtürkische Partei stellte die HDP nun 550 Kandidaten auf, die alle Ethnien und Religionszugehörigkeiten in der Türkei repräsentieren. Frauen und Männer sind häufig vertreten, erstmals kandidiert ein Mitglied der Gaybewegung. Sicherlich haben die Verhandlungen um eine friedliche Beilegung des Kurdenkonflikts zur Gründung der HDP beigetragen. Dies ist auch das vorrangige Ziel der HDP neben der Verhinderung einer Verfassungsänderung zu Gunsten eines Präsidialsystems.

Belgien: Proteststreik gegen Sparmaßnahmen

Mit einem landesweiten Streik gegen die Sparmaßnahmen der föderalen Mitte-rechts-Regierung legt die CGSP, der Beamtenflügel der sozialistischen Gewerkschaft (FGTB/ABVV), am 22.4. weite Teile des öffentlichen Lebens lahm. Betroffen sind alle öffentlichen Dienste: alle Nahverkehrsmittel (Züge, Busse, U-Bahn, Straßenbahn), die Post, Proximus, die Polizei, das Unterrichtswesen, die Verwaltungen usw. Mitte März hatte die CGSP zum Streik aufgerufen. Der Präsident des flämischen Flügels gab seinerzeit zu verstehen, dass es sich keineswegs um einen politischen Streik, sondern vielmehr um „einen Streik gegen die Regierungen als unsere Arbeitgeber“ handele. Angekündigt sind strenge Maßnahmen im öffentlichen Dienst. Der christliche Gewerkschaftsbund CSC und die liberale Gewerkschaft CGSLB folgten dem Aufruf nicht, werden sich aber sektorenweise mit den Kollegen solidarisch zeigen. Nach Information auf <http://ptb.be> nahmen 20000 an dem landesweiten Streik teil.

Quelle: <http://www.grenzecho.net>, 22.4.2015

Portugal: Kampf gegen Privatisierung

Sechs Monate vor dem Ende ihrer Amtszeit will die portugiesische Regierung eine letzte Privatisierungsoffensive realisieren: der gesamte öffentliche Transport soll privaten Unternehmen künftig zu Gewinnen verhelfen. Von der Fluggesellschaft TAP, die schon lange auf der Liste steht und für die bis zum 15. Mai Angebote entgegen genommen werden, über die örtlichen Busunternehmen und die Metros der Großstädte, alles soll verramscht werden. In einem Artikel bei „telepolis“ heißt es dazu: „Vor den Parlamentswahlen im Herbst sollen eilig noch 66 Prozent der TAP-Anteile verkauft werden. Das stößt nicht nur in der Belegschaft auf enormen Widerstand. Eine Initiative von bekannten Künstlern und Musikern sammelt seit Wochen Unterschriften für ein Referendum, um die Bevölkerung entscheiden zu lassen. So stößt der von der Pilotengewerkschaft (SPAC) angekündigte Streik auf viel Sympathie. Sie will ab dem 1. Mai für zehn Tage streiken“.

Quelle: www.heise.de, 27.4.2015

Mauretanien: 1. Mai im Zeichen der Bergarbeiter

Der 1. Mai 2015 in Mauretanien war ein besonderer: Seit langem die größten Demonstrationen mit massiver Beteiligung der Bevölkerung – und als Demonstration gewerkschaftlicher Einheit erfolgreich. Alles dies im Zeichen

des großen Streiks der Bergarbeiter im Erzbergbau, die über zwei Monate lang für die Erfüllung im Vorjahr unterschriebener Vereinbarungen streikten – und die am 1. Mai deutlich machten, dass sie den größten Streik der Geschichte Mauretaniens auch fortsetzen können, wenn die laufenden Verhandlungen keine Ergebnisse bringen. Auf der Kundgebung in Zouerate sprach auch Ahmed Vall ould Cheibany – der Gewerkschaftsaktivist war der einzige, den die staatliche Bergbaugesellschaft SNIM nach dem Streik nicht wieder einstellen wollte. Zur Vereinbarung gehörte es, dass alle 400 während des Streiks entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden. Erst eine erneute Streikankündigung regelte dies.

Quelle: <http://www.rfi.fr>, 2.5.2015

Iran: 1. Mai-Demonstration trotz Widerstands vom Staat

Die iranische Agentur ILNA berichtet, dass Tausende an Mai-Demonstrationen in Teheran teilnahmen und der Tag der Arbeit schließlich nach „einer achtjährigen Pause“ mit einer Parade durch die iranischen Arbeiter markiert wurde. Die Demonstration begann um 10 Uhr mit 2000 Menschen vor dem Haus der Arbeitnehmer. Weitere Demonstranten gingen dann zum Palästina-Platz, wo am Mittag der Marsch endete. Die Polizei unternahm einige Anstrengungen, um Gruppen aus der Demonstration zu hindern, sich am Marsch zu beteiligen, aber schließlich schafften es die Demonstranten, in verstreuten Gruppen auf den Palästina-Platz kommen. Daraufhin gab die Polizei nach und öffnete die Eingänge zum Palästina-Platz, auf dem sich 10000 Menschen versammelten. Auf Plakaten wurden faire Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsplatzsicherheit gefordert. Die iranischen Behörden hatten in den vergangenen Jahren die Erteilung einer Genehmigung für Demonstrationen am Tag der Arbeit verweigert. Auch am 1. Mai 2015 wurde eine Reihe prominenter Gewerkschaftsaktivisten vor Beginn der Maidemonstrationen festgenommen. Mit dem Antritt der Rohani-Regierung gab es große Erwartungen, dass die Arbeiter die Erlaubnis erhalten, Demonstrationen am Maifeiertag durchzuführen.

Quelle: <http://www.payvand.com>, 2.5.2015

Bangladesch: Jahrestag des Textilunglücks

Zwei Jahre nach dem verheerenden Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch warten die Opfer immer noch auf eine angemessene Entschädigung. „Wer in maroden Fabriken produzieren lässt, muss auch für die Folgen bezahlen“, sagte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall,

Wolfgang Lemb. Bei der Katastrophe am 24. April 2013 waren 25 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Dhaka 1.127 Menschen getötet und über 2000 weitere verletzt worden. Die IG Metall fordert zusammen mit dem Gewerkschaftsdachverband IndustriAll Global und der „Kampagne für Saubere Kleidung“ eine faire Entschädigung der Unglückssopfer. Noch immer fehlen mehrere Millionen im Entschädigungsfonds. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat berechnet, dass 30 Millionen US-Dollar benötigt werden, um alle Opfer und ihre Hinterbliebenen angemessen entschädigen zu können. Bisher sind jedoch nur 24 Millionen in den Fonds eingezahlt worden. Der Discounter KiK hat bislang nur eine Million eingezahlt. Die deutschen Unternehmen Adler Modemärkte, Kanz/Kids Fashion Group, NKD und die Schmidt Group haben bislang noch gar keine Zahlungen geleistet. „Das ist angesichts der hohen Profite, die diese Firmen aus ausbeuterischen und lebensgefährlichen Arbeitsverhältnissen bei ihren Produzenten in Ländern wie Bangladesch ziehen, schlichtweg unmoralisch und menschenverachtend“, sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall aus Anlass des Jahrestages.

Quelle: <http://www.igmetall.de>, 24.4.2015

Korea: Generalstreik mit mehr als 100 000 Beteiligten

Am 24. April gingen mehr als hunderttausend südkoreanische Arbeiter der Gewerkschaft KCTU auf die Straße zur Unterstützung eines Generalstreiks, zu dem die Gewerkschaft aufgerufen hatte. Auf der Internetseite der KCTU wird die Beteiligung mit über 260000 Gewerkschaftsmitgliedern angegeben. Die Streikenden forderten die ersatzlose Streichung des Gesetzes zur Reform des Arbeitsmarktes – als aktuelle Kernforderung des eintägigen politischen Proteststreiks. Weitere Forderungen waren ein Ende der Kürzungen im Rentensystem, einen Mindestlohn, der zum Leben reicht, und gegen die Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte. Die koreanische Regierung versucht, einseitig erfolgsabhängige Lohnsysteme einzuführen, den Kündigungsschutz aufzuweichen, um leichter die Arbeiter zu entlassen und die prekäre Beschäftigung auszuweiten und blockiert eine faire Untersuchung des Untergangs der Fähre Sewol im April 2014.

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 27.4.2015

Island: Streik um Mindestlohn

Ein Streik der Gewerkschaftsangehörigen des Akademischen Verbandes (BHM), der in der Nacht zum 20. April begonnen hat, zieht in Island seine

Kreise. Etwa 100 Mitglieder haben bis auf weiteres ihre Arbeit niedergelegt. Dazu gehören Tierärzte, Naturwissenschaftler und Ernährungsfachleute der isländischen Lebensmittelaufsichtsbehörde Mast. Die Auswirkungen dieser Gehaltsauseinandersetzung hat das Potential für weitreichende Konsequenzen. Mit den streikenden Tierärzten kommen Import und Export von tierischen Produkten zum Erliegen. Die Schlachtung von Hühnern und Schweinen wird unterbrochen, in der Folge könnte es zu einer Verknappung auf dem isländischen Markt kommen. Hygienezertifikate für Fischexporte nach Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Israel werden während des Streiks ebenfalls nicht ausgestellt. Island exportiert monatlich Waren im Wert von einer Milliarde IsK (6,8 Mio. Euro) allein nach Russland. Das Personal in der Finanzbehörde (FJS) ist für drei Wochen in den Streik getreten, mit der Folge, dass Kindergeldzahlungen von mehr als 50 000 Mio. IsK verspätet eintreffen können. Hier ist bereits um eine Ausnahmeregelung ersucht worden. Auch das Gesundheitswesen ist betroffen. Operationen und Röntgenuntersuchungen von frisch diagnostizierten Krebspatienten müssen verschoben werden. Der Streik am nationalen Krankenhaus Landspítali ist bereits seit zwei Wochen im Gange. Etwa 10 000 Beschäftigte der Vereinigung der Arbeiter mit und ohne Spezialkenntnisse (SGS) werden ebenfalls nächste Woche (30. April) in den Streik treten, nachdem sich bei einer Urabstimmung 94,6 Prozent der Mitglieder dafür ausgesprochen hatten. Die Gewerkschaft Starfsgræinasamband Íslands (SGS) – auf Deutsch: die Föderation der allgemeinen und der höherqualifizierten Arbeiter in Island – organisiert landesweit den Kampf für eine Erhöhung des Mindestlohns von 214 000 auf 300 000 isländische Kronen (aktuell wären das ca. 2 000 Euro). Die SGS ist ein Gewerkschaftsbund bestehend aus 19 Einzelgewerkschaften zumeist in der Privatwirtschaft, die rund 53 000 Mitglieder haben. Einige Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, auch im Bund, gehören ebenfalls zu dem Gewerkschaftsbund. Vor dem Streik hatten Gespräche zwischen SGS und Arbeitgeberern stattgefunden. Diese wurden ergebnislos abgebrochen. Die Beschäftigten der SGS werden am 30. April, 6. Mai, 7. Mai, 20. Mai 26. Mai, jeweils von mittags bis Mitternacht in 12-stündige Streiks treten. Danach wollen die Arbeiter in unbefristeten Streik treten. Erste Streiks an den Universitäten gab es bereits seit Anfang April, am 30. April sind es nun 10 000 Streikende geworden (Island hat rund 325 000 EinwohnerInnen).

Quelle: <http://icelandreview.com>, 30.4.2015

USA: Verdi kritisiert T-Mobile

Einen Rekordgewinn von 1,4 Milliarden vermeldete T-Mobile USA, die amerikanische Beteiligung der Deutschen Telekom AG erst jüngst. Doch die sprudelnden Gewinne werden in den USA mit schikanösen Arbeitsbedingungen und Einschüchterungen von Gewerkschaftsangehörigen erzielt. Bei T-Mobile USA werden internationale Arbeitsstandards unterlaufen, gewerkschaftlich engagierte Beschäftigte drangsaliert, gemobbt und mit Kündigung bedroht. Seit Jahren kämpft die amerikanische Gewerkschaft Communications Workers of America (CWA) mit tatkräftiger Unterstützung durch Verdi für gewerkschaftliche Anerkennung und die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten bei dem Mobilfunk-Unternehmen. Am 29. April hat Frank Bsirske, Verdi-Vorsitzender und Schirmherr der Kampagne, die Petition eingereicht, mit der die Bundesregierung als Mehrheitseigner des Unternehmens Deutsche Telekom dazu aufgefordert wird, die Sozialstandards beim Umgang mit Arbeitnehmern auch für das Unternehmen T-Mobile USA durchzusetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Internationale Gewerkschaftsbund, der US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und die internationale Dachorganisation der Dienstleistungsgewerkschaften UNI Global Union tragen und organisieren die Kampagne. In der Petition wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen und dafür zu sorgen, dass die von der Bundesrepublik anerkannten ILO-Kernarbeitsnormen und OECD-Richtlinien auch bei T-Mobile US respektiert und umgesetzt werden. Ziel ist es, das Anliegen der Petition im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags zu erörtern. Dafür müssen 50 000 Menschen unterzeichnen. Beteiligt Euch an der Petition – faire Behandlung von Arbeitnehmern geht uns alle an! Mehr unter www.WirErwartenBesseres.de.

Quelle: <http://www.dgb.de>, 29.4.2015

Brasilien: Militärpolizei gegen streikende Lehrer

Die Regierung von Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hat die Repression gegen streikende Lehrer in Curitiba im Bundesstaat Paraná scharf kritisiert. Dort war es am 29. April nach einer Demonstration zu schweren Auseinandersetzungen mit der Militärpolizei gekommen. Die Militärpolizei ging massiv mit Gummigeschossen, Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Dabei wurden mindestens 200 Menschen verletzt, acht von ihnen schwer. Etwa 65

Demonstranten mussten in Krankenhäusern ärztlich versorgt werden. Auch am 1. Mai ging die Polizei wieder gewaltsam gegen protestierende Lehrkräfte in Curitiba vor. Der im Süden Brasiliens gelegene Bundesstaat Paraná wird derzeit von Beto Richa von der rechtssozialdemokratischen Partei PSDB regiert. In einer Stellungnahme wies die Regierung das repressive Vorgehen gegen die streikenden Lehrer zurück. Der Minister für Menschenrechte, Pepe Vargas, erklärte: „Die soziale Bewegung sollte nicht als Polizeiangelegenheit behandelt werden, sondern mit der Bereitschaft zum Dialog. Es ist möglich, eine öffentliche Demonstration ohne den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt zu begleiten, wie wir ihn in Curitiba gesehen haben.“ Der Protest der Lehrkräfte richtet sich gegen den Gesetzentwurf 252/12, der von Gouverneur Richa vorgelegt wurde und der dem Staat umgerechnet rund 570 Millionen US-Dollar „Einsparungen“ bringen soll. Zu diesem Zweck will die Regierung von Paraná rund 33 000 Rentner über 73 Jahren aus dem Finanzfonds herausnehmen, der vom Staatshaushalt unterhalten wird. Das Lehrpersonal auf bundesstaatlicher Ebene befürchtet massive Renteneinschnitte. Seit dem 27. April befindet sich ein Großteil der Lehrer im Streik. Nach den Großdemonstrationen am 1. Mai in mehreren Städten Brasiliens haben Gewerkschaften und soziale Bewegungen einen Generalstreik „gegen den Abbau der Arbeitsrechte und gegen die konservative Offensive“ angekündigt. Damit sollten auch die Demokratie, die nationale Regierung und die Rechte der Arbeiter verteidigt werden, sagte der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, Vagner Freitas. Mit einer Mobilisierung am 29. Mai werde man das Land auf einen Generalstreik vorbereiten. Darauf habe sich der CUT bereits mit den Gewerkschaften CTB und Intersindical, der Landlosenbewegung MST und der Wohnungslosenbewegung MTST geeinigt.

Quelle: <https://amerika21.de>, 5.5.2015



Quelle: Agência Paraná, Lizenz: CC by-nc 2.0



Bündnis für Nachhaltige Textilien hat die Chance, breite Wirkung zu erzielen

WUPPERTAL. Nach sechs Monaten interner Beratung haben die Unternehmensverbände der Textilwirtschaft (Gesamtverband Textil+Mode, Germanfashion, AVE und HDE) am 21.4.2015 auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit von Entwicklungsminister Müller und Vertreter_innen des Textilbündnisses verkündet, dass sie ihren Mitgliedern einen Beitritt zum Textilbündnis empfehlen. Damit ist die Grundlage dafür gelegt, dass sich alle Beteiligten an die Detailfragen zur Umsetzung des Aktionsplans machen können. Dieser wurde am 16. Oktober 2014 bei der offiziellen Gründung des Textilbündnisses verabschiedet und orientiert sich an internationalen Sozial- und Umweltstandards. „Als Kampagne für Saubere Kleidung begrüßen wir den konstruktiven Schritt der Unternehmensverbände Gesamtverband Textil+Mode, Germanfashion, AVE und HDE“ so Berndt Hinzmann, Kampagne für Saubere Kleidung. Er ergänzt: „Die Aufforderung an ihre Mitgliedsunternehmen deutet darauf hin, dass die Ziele des Aktionsplans von der Wirtschaft akzeptiert werden. Dies ist ein großer Erfolg. Das Bündnis kann nun breite Wirkung erzielen und hoffentlich auch ein Zugpferd im Europäischen Prozess werden.“

Dieser neuen Entwicklung war ein intensiver interner Beratungsprozess zur praktischen Umsetzung des Aktionsplans vorausgegangen. Zwar wurde auf Wunsch der Verbände der Aktionsplan leicht überarbeitet und beispielsweise der Fokus auf die Zielverfolgung gelegt, die Ziele selbst jedoch nicht in Frage gestellt. „Die Bündnismitglieder verpflichten sich auf einen verbindlichen Prozess zur Umsetzung der gemeinsamen Maßnahmen. Dieser dient der Erreichung der Bündnisziele und –standards“ verlautbart der überarbeitete Aktionsplan hierzu. Die Verbindlichkeit zur Verfolgung der Ziele bleibt also bestehen. Dies bedeutet: Einzelne Unternehmen werden dort abgeholt, wo sie jetzt stehen, müssen aber nachweisen, welche Schritte sie zur Verbesserung der Sozial- und Umweltstandards in ihrer gesamten Lie-

ferkette unternommen haben ... Neben einzelnen Unternehmen sind die Kampagne für Saubere Kleidung und ihre Trägerorganisationen Christliche Initiative Romero, Femnet, Inkotanzwerk und Südwind Gründungsmitglieder des Bündnisses. www.sauberekleidung.de

TTIP & CETA stoppen! Klima retten! Armut bekämpfen!

Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten zum G7-Gipfel zusammen. Weitläufig abgeschottet von der Öffentlichkeit trifft sich der exklusive Club im Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen. Die G7 repräsentieren nur etwas mehr als 10 Prozent der Weltbevölkerung. Sie bestimmen aber mit ihrer Politik neoliberaler Globalisierung die Lebensrealitäten der Menschen auf dem ganzen Globus. Die G7 stärken die Macht von Großkonzernen und Finanzmarktakteuren, statt sie endlich in die Schranken zu weisen – und die Globalisierung im Sinne der Bürger/innen zu gestalten.

TTIP, CETA & TISA stoppen! Die Mitglieder der G7 treiben derzeit mehrere Handels- und Investitionsabkommen voran: Das TTIP-Abkommen mit den USA, das CETA-Abkommen mit Kanada und das geplante multilaterale Dienstleistungsabkommen TISA.

Mit TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte eingeführt werden, die unseren Rechtsstaat untergraben. Konzerne können Staaten vor ihnen auf Schadensersatz verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern. Auf diese Weise könnten Konzerne etwa die Förderung von Erdgas mittels Fracking oder den Anbau von Gentechnik durchsetzen. Mit den Abkommen drohen zudem Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards massiv abgesenkt zu werden. Die Länder des globalen Südens werden durch die vereinte Macht der beiden Handelsblöcke gezwungen, für sie nachteilige Regeln zu übernehmen.

TTIP, CETA und TISA setzen die öffentliche Daseinsvorsorge zudem einem zunehmenden Privatisierungsdruck aus. Ist ein Unternehmen privatisiert, darf es nicht mehr in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. Dies untergräbt den Gestaltungsspielraum der Kommunen. Wir fordern einen Stopp der TTIP- und TISA-Verhandlungen und eine Ablehnung des bereits fertig verhandelten CETA-Vertrags. Als Antwort auf die Globalisierung braucht es internationale Übereinkommen. Aber solche, die soziale und ökologische Standards erhöhen statt senken.

Klima retten! Kurz vor der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 will Kanzlerin Merkel die Klimapolitik zu einem Schwerpunkt des G7-Gipfels machen. Doch mit unverbindlichen Ab-

sichtserklärungen ist das Klima nicht zu retten.

Wir fordern einen globalen Klimavertrag, der verbindlich eine massive Reduktion der CO₂-Emissionen vorsieht und arme Länder unterstützt, sich an den Klimawandel anzupassen. Doch das wird alleine nicht reichen: Die Industriestaaten müssen konsequent von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien umsteigen. Die Förderung von Erdgas und Ölmittels Fracking muss sofort beendet werden. Möglichst rasch müssen wir aus der klimaschädlichen Verbrennung von Braunkohle aussteigen.

Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen! Die Armutsbekämpfung stand bei G7/G8-Gipfeln immer wieder auf der Tagesordnung. Doch es blieb bei leeren Worten. Kaum ein G7-Land wendet, wie seit langem zugesagt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auf, während weiterhin etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben auf die G7-Staaten entfallen. Agrarexporte aus den G7-Staaten zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden.

Wir fordern, dass die Schere zwischen Arm und Reich endlich durch faire Handelsbedingungen und mehr Steuerungerechtigkeit geschlossen wird: Unternehmen gehören konsequent besteuert und Steueroasen müssen geschlossen werden. Gleichzeitig müssen die G7-Staaten ihre menschenverachtende Politik der Abschottung gegenüber Flüchtlingen an ihren Außengrenzen beenden.

Demonstrieren Sie mit! Mit zehntausenden Menschen wollen wir am 4. Juni in München auf die Straße gehen und gegen die Politik der G7 protestieren. Die Demonstration bildet den Auftakt für die vielfältigen Proteste am 6. bis 8. Juni rund um den G7-Gipfel in Elmau. Auf dem internationalen Alternativgipfel am 3. und 4. Juni in München werden viele von uns Alternativen zur Politik der G7 formulieren. Kommen Sie am 4. Juni nach München und demonstrieren Sie mit!

<http://g7-demo.de/home/aufruf/>

Modernisierung der Atomwaffen in Büchel

STUTTGART. Mit völlig modernisierten Atomwaffen in Büchel/Eifel und anderswo in Europa entsteht erstmals seit den 1980er Jahren eine Konstellation, die einen Atomkrieg in Europa möglich erscheinen lässt. Die Bundesregierung beteiligt sich an diesem gefährlichen Projekt. Dagegen protestieren wir und rufen die Öffentlichkeit zu bundesweiten Diskussionen auf. Das Grundrechtekomitee wird sich am 9. Mai 2015 an den Protesten der Friedensbewegung in Büchel beteiligen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit planen die USA die verarmlosende „Modernisierung“ genannte Stationierung neuester Atomwaffen (B 61-12) in Europa. Mit diesen Atombomben, neuen strategischen Nuklearwaffen, zielgenauen konventionel-

len Hyperschallwaffen und dem Ausbau des Raketenabwehrsystems wird eine bedrohliche Erstschlagskapazität gegenüber Russland aufgebaut: ein Szenario, bei dem im Kriegsfall das US-Territorium verschont und der Nuklearkrieg auf Europa begrenzt werden soll. Die USA hatten den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen einseitig gekündigt. Nach dem Vorwurf, Russland habe den INF-Vertrag verletzt, wird in den USA die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa, sogar in den neuen östlichen Nato-Staaten, erwogen. Auch Russland reagiert mit der Modernisierung seiner Nuklearwaffen. Das Grundrechtekomitee fordert, statt des Aufbaus neuer Drohkulissen die aktuell beschädigten Dialogstrukturen zwischen Nato und Russland wiederzuleben und Wege neuer politischer Annäherung zu suchen. www.grundrechtekomitee.de

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

BERLIN. „Das Bundesteilhabegesetz darf nicht scheitern. Denn eine wirksame Teilhabe behinderter Menschen ist überfällig.“ Das erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai. Zu den SoVD-Kernforderungen gehört, dass die Teilhabeleistungen in Zukunft einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werden. Deshalb setzt sich der Verband dafür ein, die Unterstützungsleistungen behinderter Menschen aus der Sozialhilfe herauszulösen. „Wenn es dabei bleibt, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Koppelung der Reform mit einer Entlastung der Sozialhaushalte nicht länger gilt, droht das sozialpolitisch tiefgreifende Projekt an die Wand zu fahren. Deshalb kommt es darauf an, jetzt die finanziellen Spielräume zu gestalten. Und zwar bevor das Gesetz verabschiedet wird“, sagt Bauer. Bisher war das geplante Bundesteilhabegesetz mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro verknüpft. Am 18. März hatte die Bundesregierung diese Verbindung gelöst und damit scharfe Kritik hervorgerufen. www.sovd.de

Paritätischer: Verschlechterungen für künftige Pflegebedürftige

BERLIN. Angesichts der Ergebnisse einer aktuellen Studie, nach der die geplante Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zu Verschlechterungen für einzelne Pflegebedürftige führen könnte, mahnt der Paritätische Wohlfahrtsverband deutliche Nachbesserungen an dem geplanten Modell an. Der Verband fordert, auf den ohnehin umstrittenen Pflegefonds zu verzichten und stattdessen mit dem Geld Schlechterstellungen zu verhindern. Der Verband sieht

die Bundesregierung mit ihrer Pflege-reform nach wie vor auf dem richtigen Weg. „Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist überfällig. Diese Reform birgt große Chancen für die Pflegebedürftigen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Umso fataler sei es, wenn diese Chancen nun verspielt würden, weil man an der falschen Stelle spare, warnt der Verband. „Eine Reform, die Verschlechterungen für die Pflegebedürftigen bringt, wenn auch nur in einer Minderheit der Fälle, ist nicht akzeptabel und kann auch von der Bundesregierung so nicht gewollt sein. Die Bundesregierung muss die Schlechterstellung von Pflegebedürftigen definitiv ausschließen, um unschöne Irritationen in der Öffentlichkeit zu vermeiden“, fordert Schneider. Um mehr Mittel dafür zu bekommen, schlägt der Verband vor, auf den ohnehin umstrittenen Pflegefonds zu verzichten. Schneider: „Wir brauchen jeden Euro am Pflegebett und nicht in irgendwelchen Fonds.“ Nach der Studie des Pflegewissenschaftlers Heinz Rothgang von der Universität Bremen, die im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums und der Krankenkassen erstellt wurde und aus der die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, würden rund 28 Prozent der Heimbewohner in den Pflegestufen I und II nach dem neuen Modell schlechter abschneiden als heute, wobei für jetzige Pflegebedürftige ein Bestandsschutz gelten solle.

www.der-paritaetische.de

Ergebnisse des Berliner Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels vom 8.5.2016

BERLIN. Die Pressekonferenz zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels im Bundeskanzleramt vom 8.5.2015 offenbart, dass die von den Landesflüchtlingsräten befürchtete Ausgrenzung von Roma- und anderen Minderheiten-Flüchtlingen beschlossen worden ist: Der Bundesinnenminister fordert, ohne diesen Begriff ausdrücklich zu verwenden, Ausreisezentren für Flüchtlinge aus den sicheren Herkunftstaaten: Sie sollen in den „Erstaufnahmelagern“ verbleiben, anstatt sie dezentral in die Kommunen und Gemeinden zu verteilen, bis sie nach negativem Asylbescheid abgeschoben werden. Verweigern will das BMI den Westbalkan-Flüchtlingen ebenso den Zugang zu den ansonsten für Flüchtlinge zu öffnenden Sprachkursen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll 2000 zusätzliche Personalstellen bekommen, auch Bundespolizei und Auswärtiges Amt sollen mehr Personal bekommen, mit dem vom Bundesinnenminister ausdrücklich formulierten Ziel, vor Ort in den Sicheren Drittstaaten die „Vorfeldarbeit“ effektiver zu machen. Eine Einigung über die von den Ländern geforderten zusätzlichen Bundesmittel für die Kosten der Flüchtlingsaufnahme konnte offenbar nicht erzielt werden und wurde an eine

Arbeitsgruppe delegiert, die bis zum Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Juni diesbezügliche Vorschläge machen soll.

www.nds-fluerat.org

Die Bundesregierung zu wenig gegen Rassismus und Diskriminierung

BERLIN. Dies kritisiert Amnesty-Generalsekretärin Selmin Çalışkan anlässlich der turnusmäßigen Überprüfung Deutschlands durch den Anti-Rassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen in Genf. Dort wird am 5. und 6. Mai überprüft, inwieweit Deutschland die 1969 in Kraft getretene UN-Anti-Rassismus-Konvention umgesetzt hat. Hier die Stellungnahme von Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, zum Staatenbericht der Bundesregierung für den Anti-Rassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen: „Die Bundesregierung muss Rassismus endlich als ein politisches und gesellschaftliches Problem anerkennen, das nicht auf Rechtsextremismus verengt werden kann. Rassismus ist auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitet. Viele Politiker und Parteien grenzen sich nicht konsequent von rassistischen Ressentiments, Stereotypen und Vorurteilen ab, wie sie beispielsweise von Initiativen wie Pegida vorgebracht werden. Diese Haltung trägt zur Stigmatisierung von Minderheiten bei. Dass Deutschland ein Rassismus-Problem hat, zeigt auch der im August 2013 vorgelegte Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur rechtsextremen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Der Bericht dokumentiert zahlreiche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden bei der Untersuchung einer Serie von Mordanschlägen gegen Angehörige von Minderheiten. Die Ermittler haben beispielsweise lange Zeit ein rassistisches Motiv ausgeschlossen und die Familienangehörigen verdächtigt – eine fatale Fehleinschätzung, wie wir heute wissen. In ihrem Staatenbericht bestreitet die Bundesregierung außerdem die Existenz von polizeilichem „Racial Profiling“ in Deutschland. Hier muss dringend ein Umdenken einsetzen. Amnesty erhofft sich vom UN-Antirassismus-Ausschuss eine klare Aufforderung an die Bundesregierung und die Landesregierungen, das Problem diskriminierender Polizeikontrollen anzugehen. Diskriminierende Kontrollen durch die Bundespolizei und auch die Länderpolizeien sind eine Realität. Für die Betroffenen ist es belastend und entwürdigend, in der Öffentlichkeit aufgrund des Aussehens von der Polizei verdächtigt und herausgegriffen zu werden. Racial Profiling zerstört das Vertrauen ethnischer Minderheiten in die Polizei. Außerdem stärkt es die Vorurteile derjenigen, die die Kontrolle beobachten.“

www.amnesty.de

Essen: Besuch aus Kobanê

Der Gesundheitsminister Nassan Ahmad aus Kobanê war im Rahmen einer Rundreise durch Frankreich, Niederlande, Belgien und NRW am 4. Mai zu Besuch in Essen. Er wurde von Bürgermeister Franz-Josef Britz (CDU) offiziell für die Stadt begrüßt.

Nassan Ahmad war auf Einladung der Ratsfraktion Die Linke im Rathaus. An dem Gespräch nahmen auch Vertreter der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Parteipiraten und SPD teil. Nassan Ahmad berichtete, dass Kobanê durch den Kampf mit dem IS zu 90 Prozent zerstört ist, aber trotzdem mittlerweile rund 70 000 Menschen zurückgekehrt sind.

Nun braucht die Stadt dringend Hilfe für den Wiederaufbau. Es gibt Probleme mit der Versorgung mit wichtigen Gütern, da die Türkei den einzigen Grenzübergang blockiert. Er betonte, dass die Kurden sehr viel Wert darauf legen, dass die verschiedenen Volksgruppen und Religionen in der Region gleichberechtigt zusammen leben. Das ist in der Übergangsregierung und der

Verwaltung institutionell abgesichert, in denen Vertreter aller ethnischen und religiösen Gruppen vertreten sind, wie Assyrier, Armenier, Jesiden, Kurden und Alewiten. Außerdem gibt es eine Frauenquote von 40 Prozent. Angestrebt werde eine kommunale Selbstverwaltung und kein eigener

Staat. Ursprünglich hatten auch der Bürgermeister aus Kobanê und seine Stellvertreterin an der Rundreise teilgenommen, mussten aber wegen erneuter Kampfhandlungen mit dem IS vorzeitig abreisen.

Thorsten Jannoff
(Foto: Peter Prengel, Stadt Essen)



Eine Chance zum Dialog – Mitteilung zur Erklärung von Cemil Bayik

Cemil Bayik, Co-Vorsitzender des Exekutivrates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK), sprach Mitte April in einem Interview mit dem NDR / WDR sein Bedauern über die Eskalationen im Rahmen der Protestaktionen von KurdInnen in den 90iger Jahren in Deutschland aus. (Aus: <http://civaka-azad.org>)

Die 90er Jahre in Nordkurdistans/Türkei:

In diesen Jahren erreichte der in der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung geführte Krieg seinen Höhepunkt. Bei den Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den bewaffneten Einheiten der PKK kamen mehr als 30 000 Menschen ums Leben, darunter tausende kurdische Zivilisten, die von paramilitärischen Organisationen des türkischen Staates ermordet wurden. Zudem wurden in jener Zeit 3000 Dörfer zerstört und entvölkert, über eine Million Menschen mussten fliehen. Viele von ihnen kamen nach Deutschland. Auch deutsche Panzer – die Türkei war und ist eine der Hauptabnehmer für Rüstungsgüter aus Deutschland – sind in diesem Krieg nachweislich im Einsatz gewesen.

Das PKK-Verbot und seine Auswirkungen

Geprägt von den täglichen Schreckensmeldungen aus der Heimat versuchten die KurdInnen hier, zusätzlich zu den Schwierigkeiten der Integration, stets die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Ereignisse in der Heimat

zu sensibilisieren. Nachdem im November 1993 durch das Innenministerium ein Betätigungsverbot gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und den Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland mitsamt der Mitgliedsvereine verhängt wurde, begann eine Welle der Kriminalisierung gegen KurdInnen in Deutschland. Das Recht auf Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt, ebenso die freie Informationsgewinnung (Verbot von kurdischen Publikationen und Medienorganen). Es folgten hunderte Gerichtsverfahren, u.a. nach Paragraph 129b.

Heute in Nordkurdistans/Türkei

Seit Ende 2012 finden für eine politische Lösung der kurdischen Frage Gespräche zwischen dem PKK Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung 1999 in die Türkei auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, und Vertretern der türkischen Regierung statt. Die kurdische Seite hat zum wiederholten Male einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen und große Teile ihrer Kämpfer aus den Grenzen der Türkei abgezogen.

Die kurdische Frage, das Verbot und Deutschland heute

Die eingangs erwähnte Entschuldigung des KCK Co-Vorsitzenden Cemil Bayik bietet eine Chance des Dialogs auch für und in Deutschland. Die kurdische Seite hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Paradigmenwechsel mit Schwerpunkt auf eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft vollzogen und ist ein determinierender Faktor für Stabilität, Frauenrechte, Vielfalt und Demokratie im Pulverfass Nah-Ost. Diese grundlegenden Aspekte wurden bisher weitgehend ignoriert. Vor allem vor dem Hintergrund des aktiven Kampfes der kurdischen Seite gegen den barbarischen IS ist eine Neubewertung der kurdischen Freiheitsbewegung dringend erforderlich. Entsprechende Äußerungen und Forderungen seitens der Politik nehmen zu. Zuletzt hatte Dr. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher und SPD-Fraktionsvize, eine Neubewertung der PKK gefordert.

Deeskalation und Dialog sollten im Fokus stehen und Verbote und Kriminalisierung ablösen. Dies wird nicht nur das friedliche Miteinander aller Menschen in Deutschland fördern, sondern auch den Friedensprozess in der Türkei stärken.

Lassen Sie uns also gemeinsam die Chance nutzen. Es ist Zeit für Dialog statt Verbote.

Essen: Stadt darf Tafelsilber nicht verscherbeln

Immer dramatischere Züge nimmt die Verschuldung Essens an. Rund 83 Millionen Euro „Miese“ machte die Stadt im Jahr 2014, rund doppelt so viel, wie sowieso schon als Defizit geplant war. Allein bei den Gewerbesteuern brachen die Einnahmen um fast 32 Millionen Euro ein. Damit hat Essen erstmals mehr Schulden als Vermögenswerte und ist bilanziell überschuldet. Der Schuldenberg beträgt rund 3 Milliarden Euro.

Damit ist das Ende der Fahnenstange aber noch nicht erreicht. Teuer zu stehen kommt Essen 450 Millionen Euro, die als Kredite in Schweizer Franken aufgenommen wurden. Diese sollen im laufenden Jahr abgelöst werden, damit die Verluste von 50 bis 80 Millionen Euro nicht noch höher ausfallen. Darüber hinaus zieht Regierungspräsidentin Anne Lütke die Zügel an. Sie untersagte die Aufstockung eines Kredites für die städtische Holding EVV. Über die EVV wird der Verlustausgleich für die EVAG abgewickelt. Ohne diesen Verlustausgleich kann die EVAG den Bus- und Bahnbetrieb nicht finanzieren. Bisher wurde der Verlustausgleich auch mit den Erträgen aus der RWE-Dividende finanziert. Diese Erträge sind aber wegen des stark sinkenden Aktienkurses von 60 Mio. auf 17 Mio. Euro gesunken.

Die Regierungspräsidentin legt Essen auch deshalb an die kurze Leine, weil sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten übergangen fühlt. So wurde die Kostenüberschreitung beim RWE-Stadion (statt 32 nach aktuellem Stand 49 Millionen Euro) der Regierungspräsidentin erst durch den GVE-Skandal bekannt. Andere gigantomanische Projekte wie ein Messeumbau für 123 Millionen Euro konnten mit Unterstützung der Partei Die Linke in einem Bürgerentscheid ab-

gewendet werden.

Gleichwohl drohen drastische Einschnitte in den Leistungen, die die Stadt und ihre Gesellschaften für die Essenerinnen und Essener erbringen. Nicht nur beim öffentlichen Nahverkehr. Die EVAG hat jetzt die Verträge von rund 100 befristet Beschäftigten nicht verlängert, die aus Personalnot erst vor anderthalb Jahren zu Fahrern umgeschult wurden. Im Gespräch sind auch die Einführung eines 15-Minuten-Taktes bei den Bahnen, die Einstellung von Buslinien und Einschränkungen beim Service. Trotz dieser rabiaten Einschnitte in den ÖPNV würde von den 18 Mio. Euro Einsparungen am Ende laut Aussage von EVAG-Chef Feller „nur“ knapp 5 Mio. übrig bleiben, weil dann die Fahrgäste ausbleiben. Vom Ziel den Nahverkehrsanteil von 19 auf 25 Prozent zu steigern könnte sich Essen ganz verabschieden. Dabei hat die Stadt sich für den Titel „grüne Hauptstadt Europas“ beworben.

Reflexartig reagierte vor allem Thomas Kufen, Fraktionsvorsitzender und Oberbürgermeisterkandidat der CDU, auf die desaströse Finanzlage. Er brachte zudem noch Verkäufe von städtischen Beteiligungen ins Gespräch. Die Ratsfraktion Die Linke wies solche Überlegungen sofort zurück. Mit uns ist ein Ausverkauf städtischen Eigentums nicht zu machen,

wenn damit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erbracht werden.

Unüberlegte Privatisierungen können zudem nach hinten losgehen, solange die strukturellen Probleme nicht gelöst sind. Denn wenn die Verkaufserlöse aufgezehrt sind, steht Essen am Ende mit ganz leeren Händen da. Profitabel wirtschaftende städtische Gesellschaften wie Allbau oder RGE führen jährlich ihren Gewinn an die Stadt ab und tragen so zur Entlastung des städtischen Haushaltes bei.

Der Ausverkauf städtischer Beteiligungen verbietet sich aber auch, weil damit notwendige Leistungen der Daseinsvorsorge erbracht werden. Von besonderer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger ist der Allbau. Über diese städtische Wohnungsbaugesellschaft hat die Stadt wichtige städtebauliche Entwicklungsprojekte angeschoben, wie die Aufwertung Altendorfs am Niederfeldsee oder jetzt im Nordviertel der Innenstadt. Allbau steht aber auch für bezahlbare Mieten. Der Verkauf des Allbau an private Investoren wurde schon einmal durch ein Bürgerbegehren verhindert.

Sehr wohl verkauft werden könnten aber die RWE-Aktien, die die Stadt Essen hält. SPD und CDU haben einen Verkauf bisher immer abgelehnt. Damit wurde der beste Zeitpunkt dafür, als die Aktie noch bei rund 80 Euro stand, verpasst. Jetzt dümpelt sie um die 25 Euro pro Stück. Die Linke bringt jetzt eine Anfrage in den Finanzausschuss ein, was aktuell ein möglicher Verkauf für den städtischen Haushalt bringen würde.

Gabriele Giesecke

(Aus Essener Morgen Nr. 2/15, leicht überarbeitet.)

Köln: Bebauungsplan darf nicht zur Vernichtung von Industrie-Arbeitsplätzen führen!

Proteste der gut 100 Beschäftigten des Kalker Anlagenbauers MBE Cologne für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze im traditionellen Kalker Industriegebiet auf dem ehemaligen KHD-Gelände an der Dillenburger Straße.

Akut gefährdet sind diese Arbeitsplätze deshalb, weil das von MBE zurzeit als Industriegebiet genutzte Gelände mit einem neuen Bebauungsplan zu einem Gewerbegebiet umgewidmet werden soll. Dabei war der ursprüngliche Anlass für die Neuplanung lediglich der Ausbau des Gymnasiums auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses (mittlerweile im Abriss). Geregelt werden darin auch die neuen Nutzungen der mehrere hundert Meter vom Werksgelände der MBE entfernten ehemals vom Autonomen Zentrum genutzten KHD-Flächen an der Wiersbergstraße. Und nach parteiübergreifendem Konsens in der Bezirksvertretung Kalk sollte die Neuplanung ermöglichen, dass die industriellen Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Nachdem die Verwaltung jedoch auch die von MBE genutzten Flächen an der Dillenburger Straße in den Plan aufge-

nommen hat und eine Umwidmung vorschlägt, bewertet die IG Metall Köln in einer Ende März auf ihrer Internetseite veröffentlichten Erklärung die Folgen für das Unternehmen so:

„Durch die Umwidmung der Flächen in Gewerbegebiet können die dann zulässigen Lärmemissionen für einen voll ausgelasteten Betrieb nur mit millionenschweren Investitionen eingehalten werden. Eine Nachtschicht wäre gar nicht möglich.“

Diese Erklärung schließt mit der Forderung, „dass eine industrielle Nutzung der Flächen nördlich der Dillenburger Straße weiter möglich ist.“

Auch der Verein Rheinische Industriekultur spricht sich für eine Fortsetzung der industriellen Nutzung aus, da die von MBE genutzten Gebäude unter Denkmalschutz stehen. Den Erhalt der Industriedenkmäler sieht der Verein am ehesten gewährleistet, wenn sie genutzt werden. Ein ähnliches Schicksal wie das der benachbarten und vom Abriss bedrohten ebenfalls denkmalgeschützten Hallen kann so vermieden werden.

Diesen Forderungen schließt sich Die Linke im Rat und in der Bezirksvertre-

tung ausdrücklich an.

Noch in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses im November hat die Verwaltung erklärt, dass die Planung den Fortbestand des Unternehmens nicht gefährde. Und nicht nur deshalb sehen wir die Stadt in der Pflicht, den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze nicht unmöglich zu machen. Denn das Grundstück, auf dem die von einem indischen Konzern übernommene ehemalige KHD-Tochter Anlagen für die Zementindustrie herstellt, wurde von der Sparkasse im Auftrag der Stadt mit dem ausdrücklichen Ziel erworben, in einem der ältesten Industriegebiete der Stadt möglichst viele industrielle Arbeitsplätze zu erhalten.

An dieser wirtschaftspolitischen Zielstellung hält Die Linke fest, weil Köln industrielle Wertschöpfung als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung braucht. Für MBE muss deshalb in Kalk eine Lösung gefunden werden, die ausschließt, dass eine Planung, die das Werksgelände nicht einmal unmittelbar betrifft, industrielle Arbeitsplätze vernichtet. *Wolfgang Lindweiler, HP Fischer*

(Aus platzjabbe Nr. 3/15)

Hamburg:

Grüner wird's nicht

Nach sechswöchigen Verhandlungen hat sich eine rotgrüne Koalition konstituiert – Zwar hatte die zuvor allein regierende Partei mit 45,6 % der abgegebenen Stimmen knapp die absolute Mehrheit an Mandaten verpasst, aber Hamburgs Bürgermeister ließ keinen Zweifel aufkommen: Er wolle mit den Grünen koalieren, wie er dies im Wahlkampf angekündigt hatte. Aber, so Scholz: Es sei klar dass es nur um „einen grünen Anbau an den erfolgreich regierenden Senat“ gehen könne. Schließlich seien die Grünen auch nur von 12,3% der Abstimmenden gewählt worden.

Wenn der AfD nicht mit 6,1% der Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft geglückt wäre, hätte die SPD die Mandatsmehrheit bekommen und die Grünen wären in der Opposition geblieben. So aber stellen sie seit dem 15.4. drei der in der Hansestadt SenatorInnen genannten Mitglieder der Landesregierung. In der Opposition befinden sich neben der bisher weitgehend unauffälligen Fraktion der AfD auch die von 15,9% der Wählenden angekreuzte CDU und die Linke, der 8,5% ihre Stimmen gaben. Die Wahlbeteiligung war auf einen Tiefstand von 56,5% der Stimmberechtigten gesunken, der unspektakuläre Wahlkampf zuvor von der Frage beherrscht, ob die SPD alleine oder mit einem Koalitionspartner ihre wirtschaftsfreundliche und ordnungsfixierte Standortpolitik fortführen würde.

Am 9.4. stellten die beiden Spitzen der Delegationen der SPD und der Grünen nach sechswöchigen Verhandlungen einen 115-seitigen Koalitionsvertrag vor. „Hamburg wird weiter gut regiert“, verkündete der SPD-Landesvorsitzende und Verhandlungsführer Olaf Scholz mit breitem Lächeln: „Wir haben sehr sorgfältig, sehr lange und sehr gut miteinander verhandelt“. Dass er als alter Bürgermeister auch der neue werden würde, brauchte er gar nicht erst zu erwähnen. Ebenso wenig, wie dass der Koalitionsvertrag sich über weite Strecken wie ein SPD-Parteitagebeschluss liest. Katharina Fegebank, Landesvorsitzende der Grünen und erstmals zu dieser Wahl auch als deren Spitzenkandidatin nominiert, musste da schon mehr Wind machen, um zu versichern, dass die Vereinbarung „eine sehr deutliche grüne Handschrift“ tragen würde: „Mit diesem Koalitionsvertrag wollen wir Hamburg in den kommenden fünf Jahren moderner, vielfältiger und vor allem grüner machen“, so die in ihrer Partei meist „Katha“ genannte Fegebank. Es sei gelungen, „die traditionelle Stärke der SPD mit frischen Ideen der Grünen zu einem neuen Ganzindymedia hamburg“ zusammenzufügen. Diese nach einer PR-Agentur klingende

Ausdrucksweise ist keine Besonderheit der Politikwissenschaftlerin, sondern der mittlerweile übliche Grünsprech in Hamburg.

So fabulierte sie auch über eine „Ökologisierung des Hafens“ als einem grünen Erfolg, weil ein paar Landstromanschlüsse für Containerschiffe geplant sind, der Binnenverkehr im Hafen vermehrt auf Schiff und Schiene verlegt werden soll und darum gebeten werden soll, dass die Hafenspeditionen schadstoffärmere LKWs einsetzen. Nicht so gerne sprechen Hamburgs Grüne, auch Fegebank, über die geplante neunte Elbvertiefung. Gegen die haben sich Hamburgs Grüne immer ausgesprochen, wenn sie in der Opposition waren, während ihrer bisherigen beiden Regierungsbeteiligungen in Hamburg – rot-grün von 1997 bis 2001, schwarz-grün von 2008 bis 2010 – haben sie sich an der Umsetzung und Planung der jeweiligen Elbvertiefungen beteiligt.

„Die Koalitionspartner sind sich über die Beurteilung einer weiteren Elbvertiefung uneinig“ wird auf Betreiben der Grünen unverbindlich im Koalitionsvertrag konstatiert, während auf Betreiben der SPD festgeschrieben wurde, sämtliche beteiligten Ressorts würden „alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um die zügige bauliche Umsetzung der Fahrrinnenanpassung zu erreichen“. Als Entschädigung für diesen rabiaten Eingriff in das Ökosystem Elbe wird der Anteil, den die „Stiftung Lebensraum Elbe“ von der Hafengeld genannten Schiffs Liegegebühr erhält, von 4% auf 5% erhöht. Damit können dann die Studien über die ökologischen Schäden finanziert werden und ein paar Stellen für BiologInnen geschaffen werden.

Die Umsetzung der Elbvertiefung wird Wirtschafts- und Hafensensor Frank Horch betreiben, einer der Autoren der Studie „Hamburg 2030“, in welcher die Handelskammer als Ziel Hamburger Politik forderte, „das wirtschaftliche und indymedia hamburg politische Zentrum Nordeuropas“ zu werden – durch den massiven Ausbau der Infrastruktur, der Handelswege. Frank Horch war bei Veröffentlichung der Studie Anfang 2011 noch der Kammerpräsident der Handelskammer – wenige Wochen später berief ihn der frisch gewählte Bürgermeister Olaf Scholz als parteilosen Experten zum Wirtschaftssenator. Diesen Posten hat Horch weiterhin inne und garantiert auch als Person eine kapitalfreundliche Politik im Sinne der Handelskammer.

Professor Hans-Jörg Schmidt-Trenz, jetziger Hauptgeschäftsführer der Handelskammer, reagierte trotzdem mit Unverständnis „auf die explizite Uneinigkeit bei der Frage der Fahrrinnenanpassung“, die ihm trotz der Konsequenzenlosigkeit schon zu weit geht. Auch die im Koalitionsvertrag beschriebene reine Willenserklärung, „den Radverkehrsanteil in den zwanziger Jahren auf 25% zu steigern“ geht ihm zu weit. Zwar geht es um nicht

viel mehr als die Schaffung einer Koordinationsstelle zum Radwegebau und Sanierungsmaßnahmen, aber: „Gegenüber der ausgerufenen Fahrradstadt muss die Logistikmetropole Vorrang genießen, wenn die Wurzeln unseres Wohlstands weiter gedeihen sollen“.

Positiver sehen mit entgegengesetzten Erwartungen sowohl die Umwelt- als auch die Industrieverbände der Hansestadt die Koalitionsvereinbarung. Manfred Braasch vom BUND sieht die Möglichkeit, „nach den schwierigen Jahren der SPD-Alleinregierung wieder eine Umweltpolitik zu betreiben, die diesen Namen auch verdient“. Ob dies allerdings über einige wenige Vorzeigeprojekte und mehr Mittel für symbolische Naturschutzmaßnahmen hinausgeht, ist fraglich. Zumal der neue grüne Umweltsenator Jens Kerstan nicht müde wird zu beschwören, dass es um die „vielen kleinen Projekte gehe, die vereinbart worden seien“ und nicht um große Grundsatzentscheidungen. Denn die bleiben bei den Ressorts der von der SPD nominierten SenatorInnen – und in der Richtlinienkompetenz des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz. Der Vorsitzende des Industrieverbandes Hamburg erklärte denn auch frank und frei, er sei „positiv überrascht, mit welcher Konsequenz der Bürgermeister am richtigen Kurs festhält“. Michael Westhagemann stellte zufrieden fest: „Wichtige Zielsetzungen bisheriger Senatspolitik werden auch mit grüner Regierungs-beteiligung fortgeführt.“

Keine Rolle im Koalitionsvertrag spielt die zunehmende Verarmung in der Stadt. (...) Dabei stieg die Zahl der von Armut bedrohten, vor allem weiblichen Hamburgerinnen, im letzten ausgewerteten Berichtsjahr 2013 um 2,1 von 14,8 auf 16,9%. „Soziale Gerechtigkeit war im Wahlkampf kein Thema, muss aber in den Koalitionsverhandlungen ganz oben auf der Agenda stehen“, forderte Joachim Speicher vom Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Die grüne Spitzenfrau Katharina Fegebank erklärte am gleichen Tag, noch im Wahlkampfmodus: „Wir wollen, dass sich die Politik in der neuen Legislatur um dieses Thema kümmert“. Kein Wort mehr war ihr die Armutsbekämpfung bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages am 9.4. wert. Am 12.4. forderte sie auf der Mitgliederversammlung der Grünen, welche dem Vertrag mit Zweidrittelmehrheit zustimmte, „jetzt aus der Komfortzone Opposition herauszukommen“ um „eine moderne und grüne Zukunft für Hamburg zu gestalten“. Am 15.4. war sie sichtlich aufgeregt, als sie von Olaf Scholz zur Wissenschaftssenatorin und zur zweiten Bürgermeisterin ernannt wurde. Stolz und mit roten Wangen hielten sie, Umweltsenator Jens Kerstan und Justizsenator Till Steffen ihre Ernennungsurkunden in die Kameras. Angekommen.

Gaston Kirsche
(aus Lokalberichte Hamburg, geringfügig gekürzt)

„Dieses Referendum ist ein Angriff auf die direkte Demokratie“: HAMBURG. Die Bürgerschaft hat über eine Verfassungsänderung von erheblicher Bedeutung entschieden. SPD, Grüne und CDU behaupten, die Einführung eines Bürgerschaftsreferendums bringe mehr Bürgerbeteiligung. „Das Gegenteil ist der Fall“, erklärt dazu die verfassungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Christiane Schneider. „Das ist ein Angriff auf die in Hamburg im Bundesvergleich recht weit entwickelte direkte Demokratie. Ziel ist ihre Aushöhlung, die Möglichkeit, direktdemokratische Beteiligung in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu unterlaufen.“ Denn mit der von SPD, Grünen und CDU geplanten Verfassungsänderung würde es äußerst schwer, wenn nicht unmöglich, Volksabstimmungsverfahren überhaupt zu Ende zu führen: „Senat und eine große Koalition in der Bürgerschaft können zu einem frühen Zeitpunkt, bevor die erste Stufe abgeschlossen oder eventuell, wenn sie gerade abgeschlossen ist, in das Verfahren reingrätchen. Die Volksinitiative kann selbst dann ausgeschaltet werden, wenn sie die nötigen Unterschriften gesammelt hat und zulässig ist. Die Rechte von VolksinitiatorInnen werden mit dieser geplanten Verfassungsänderung geschwächt. Es gibt keinen Zugewinn an Gestaltungsmacht ‚von unten‘, sondern einen gravierenden Verlust.“ Ein zweiter Punkt, der die Verfassungsänderung für Die Linke inakzeptabel macht, ist die darin enthaltende Sperrfrist, kritisiert Schneider. „Konkret heißt das für das Referendum zu Olympia: Der Senat wird bis zur Abstimmung im November 2015 keine belastbaren Zahlen für die Kosten der Olympischen und Paralympischen Spiele vorlegen. Damit gibt es keine solide Entscheidungsgrundlage. Wenn dann zwei, drei Jahre später die vorgelegten Zahlen durch die Realität überholt sind, die zu erwartende Kostenexplosion sich abzeichnet, ist es nicht mehr möglich, die Entscheidung durch Einleitung eines Volksabstimmungsverfahrens zurückzuholen. Das ginge frühestens ab Ende Februar 2020, die Durchführung eines Volksentscheids wäre dann frühestens 2022 vorstellbar. Es ist praktisch unmöglich, ein weit gediehenes Großprojekt in einer so späten Phase zu stoppen. Das hat mit Demokratie und Bürgerbeteiligung wirklich gar nichts zu tun.“

www.die-linke-hamburg.de

Bochumer Rat soll Abschiebungsfordernungen zurückweisen! Auf der Ratssitzung am 7. Mai macht die Bochumer Linksfraktion die Forderungen von Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz nach einer noch schärferen Abschiebungspolitik zum Thema. Die Linke fordert, dass sich der Rat für eine menschliche Flücht-

lingspolitik und gegen die Abschaffung von Einzelfallprüfungen vor Abschiebungen ausspricht. Zusammen mit der Sozialen Liste bringt die Linksfraktion daher einen Dringlichkeitsantrag ein. In einem Brief an die Landesregierung hatte Ottilie Scholz (SPD) zusammen mit weiteren OberbürgermeisterInnen und Landräten gefordert, Erlasse des Landes NRW außer Kraft zu setzen, die Einzelfallprüfungen vor Abschiebungen von besonders schutzbedürftigen Personen vorschreiben. In dem von der Linksfraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag heißt es: „Der Rat der Stadt Bochum fordert alle VertreterInnen der Stadt Bochum auf, sich für eine menschliche Flüchtlingspolitik einzusetzen. Die Verschärfung der Abschiebepolitik gegenüber besonders diskriminierten Minderheiten durch eine Abschaffung von Einzelfallprüfungen würde dem diametral widersprechen. Wer solche Forderungen aufstellt, spricht nicht im Namen des Rates der Stadt Bochum.“ Auch der Flüchtlingsrat NRW kritisiert die Forderungen der OberbürgermeisterInnen und Landräte als „unsachlich und irreführend, denn die derzeitigen Probleme der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung werden dadurch nicht gelöst.“ Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Der Flüchtlingsrat NRW e.V. appelliert sowohl an die Oberbürgermeister und Landräte als auch an die Landesregierung in NRW, jeden Flüchtling als gleichwertig zu betrachten und zu behandeln und keine polemische Unterscheidung von ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Flüchtlingen vorzunehmen. Diese Unterscheidung ist höchst gefährlich. Sie kann zu Ablehnung und Rassismus in der Bevölkerung mit schwerwiegenden Konsequenzen führen.“

www.dielinke-bochum.de

Kita-Streik – Eltern sollen Beiträge erstattet bekommen: DORTMUND. Die Tarifverhandlungen in den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten sind gescheitert. Nicht nur in Dortmund droht ein wochenlanger Erzwingungsstreik der Erzieherinnen und Erzieher. Betroffen sind über 7000 Kinder in 102 Kindereinrichtungen der städtischen Eigenbetriebe Fabido. „Wir unterstützen in jeder Hinsicht die Forderungen der Gewerkschaft Verdi nach einer gerechteren Honorierung der Erzieherinnen und Erzieher. Ihre anspruchsvolle pädagogische Arbeit muss endlich aufgewertet werden“, sagt Nursen Konak, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke & Piraten und Mitglied im Betriebsausschuss Fabido. Doch sie ergänzt: „Aber die Eltern der Kindergartenkinder, die während eines Streiks ohnehin schon organisatorischen Belastungen ausgesetzt sind, dürfen nicht auch noch finanziell unter einem möglichen Streik leiden. Der lachende Dritte wäre die Stadt Dortmund, die Kita-Beiträge kassieren würde, ohne eine Leistung erbringen oder

Gehälter zahlen zu müssen.“

www.dielinke-dortmund.de

Sozialdezernentin Reker täuscht Oberbürgermeister und Rat: KÖLN. Gestern erklärte die Sozialdezernentin Reker, das Verwaltungsgebäude des ersteigerten ehemaligen Baumarktes in Porz-Eil nicht mehr zu Flüchtlingswohnungen umbauen zu wollen. 270 bis 300 Personen wollte die Verwaltung in dem dann entstandenen Wohnhaus unterbringen. Das war in der Verwaltungsvorlage eine der Begründungen dafür, das Gebäude in einer Zwangsversteigerung zu kaufen. Der Kaufbeschluss war im März dieses Jahres mit einer Mehrheit aus den Stimmen von CDU, Grünen, Linken, Piraten, Deine Freunde und des Oberbürgermeisters getroffen worden. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linken Jörg Detjen: „Wir haben der Dringlichkeitsentscheidung zugestimmt, weil wir eine qualitätsvolle Flüchtlingsunterbringung wollen. Die Linke ist davon ausgegangen, dass die Gelder für den Umbau noch in diesen Haushalt eingestellt werden. Wenn Frau Reker jetzt ohne sachlichen Grund nichts mehr von den ursprünglichen Plänen der Verwaltung wissen will, hat sie uns, den Rat und den Oberbürgermeister getäuscht.“ Nach einem Umbau des Verwaltungsgebäudes sollte der eigentliche Baumarkt für Spiel- und Betreuungsangebote genutzt werden. In einer Antwort auf eine Anfrage (Drucksache Nr. 0868/2015) begründete die Verwaltung diese Pläne: „Die Umnutzung ... trägt dazu bei, diesen Standort dem in den Leitlinien zur Flüchtlingsunterbringung festgesetzten Standard anzunähern.“ Jörg Detjen hält den absoluten Stillstand in der Verbesserung hin zu einer menschenwürdigen Unterbringung und der Einhaltung der Leitlinien für nicht hinnehmbar: „Wir fordern, die Machbarkeitsstudie für den Umbau sofort in Auftrag zu geben. Auch wir halten die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen für das oberste Ziel. Doch alle Beteiligten – auch die Sozialdezernentin – wissen, dass die Stadt noch über Jahre eigene Standorte zur Unterbringung braucht. Frau Reker ist vor der Porzer CDU aus wahltaktischen Gründen eingeknickt. Sie stellt ihre Machtinteressen vor das Wohl der Flüchtlinge.“ www.linksfraktion-koeln.de

Gesundheitskarte für Flüchtlinge: KASSEL. Im nächsten Ausschuss für Integration und Gleichstellung Ende April wird der Antrag der Kasseler Linken zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge behandelt. Durch deren Einführung würde die Gesundheitsversorgung nicht nur verbessert, sondern darüber hinaus der bisherige Verwaltungsaufwand verringert und damit Kosten gespart. Bisher erhalten Flüchtlinge eingeschränkte Gesundheitsleistungen nach § 4 AsylbLG und müssen vor jeder

ärztlichen Behandlung beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen. Das führt zu erheblichem bürokratischem Aufwand und verzögert die Behandlung vor allem in Notfällen unnötigerweise. Bremen und Hamburg haben daher die Gesundheitskarte bereits vor Jahren eingeführt und positive Erfahrungen damit gemacht. Nach dem „Bremer Modell“ können Flüchtlinge dort direkt zum Arzt und erhalten zudem erweiterte Leistungen nach SGB V. Auch auf Landesebene, etwa in Baden-Württemberg und Niedersachsen, gab es Beschlüsse für die Gesundheitskarte. Sie haben jedoch lediglich eine begleitende Funktion. Denn letztendlich obliegt es den Kommunen, in Vereinbarung mit einer Krankenkasse, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einzuführen. In vielen Städten wird das „Bremer Modell“ daher nun diskutiert. Städte, wie etwa Münster und Aachen, haben vor ein paar Monaten ebenfalls die Einführung beschlossen. Im letzten Ausschuss wurde der Antrag geschoben. Um den anderen Fraktionen die Entscheidung zu erleichtern und die Diskussion zu vertiefen, legt die Fraktion Kasseler Linke nun einen ergänzten Antrag im Vorfeld der endgültigen Entscheidung vor. Demnach schlägt sie eine Einladung für Vertreter*innen des Bremer Amtes für Soziale Dienste vor, damit diese von ihren Erfahrungen berichten und das „Bremer Modell“ vorstellen. <http://kasselerlinke.de>

Eine lebendige Innenstadt schafft man nicht mit Verboten! CHEMNITZ. Heute wird der Stadtrat über die Grünflächensatzung abstimmen. Darin soll das Alkoholverbot für drei Flächen in der Innenstadt festgeschrieben werden. Auch innerhalb der Fraktionen und Parteien gehen die Meinungen hierzu weit auseinander. Tim Detzner, stellvertretender Stadtvorsitzender Die Linke. Chemnitz erklärt dazu: Es wird häufig von der Belebung der Innenstadt gesprochen und dass man diese doch befördern muss. Mit dem Alkoholverbot bewirkt man aber jetzt das genaue Gegenteil. Repressionen und Verbote können Probleme, wie Belästigungen oder Vandalismus, nicht lösen. Diese werden dann allenfalls in andere Stadtteile oder gänzlich aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Das Alkoholverbot wird dazu führen, dass vor allem junge Menschen die Innenstadt zukünftig noch häufiger meiden werden. Denn urbanes Leben findet nicht nur in den Gastronomie-Einrichtungen statt, sondern auch auf den Plätzen und Grünflächen daneben, vor allem in den Sommermonaten. Die Konzentration von teilweise über die Strenge schlagenden Alkohol konsumierenden Menschen in der City, ist ein durch langfristig falsche Stadtentwicklungsmaßnahmen selbstverschuldetes Phänomen. In einer flächenmäßig sehr großen zersiedelten Stadt, in der manche Bevölkerungs-

gruppen, wie z.B. Jugendliche, eine weit verstreute Minderheit darstellen, führt ein zu kleiner hochverdichteter Innenstadtkern, mit billiger und gut zugänglicher Alkoholbeschaffungsquelle (Supermarkt am Wall) zwangsläufig zu Kristallisationspunkten. Die Linke wird sich weiterhin für eine lebendige und urbane Innenstadt einsetzen, die ohne Verbote und Repressionen auskommt.

www.dielinke-chemnitz.de

Infrastrukturinvestitionen stärken: BERLIN Der Bericht der Expertenkommission zur „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ betont die dringende Notwendigkeit von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Die Vorschläge des Expertengremiums, die heute in Berlin vorgestellt werden, sind aus Sicht der Städte und Gemeinden überwiegend zu begrüßen. „Der kommunale Investitionsrückstand ist unverändert sehr hoch. Städte und Gemeinden leben von der Substanz. Es muss dringend sichergestellt werden, dass Kommunen stärker als bisher in die Lage versetzt werden, überfällige Investitionen anzugehen“, betonte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, heute in Berlin. Vor allem die Schaffung eines Investitionspakts für Kommunen sei ein Ansatz, der dazu beitragen könne, den Investitionsrückstand schnell und effizient zu verringern. „Die Kommission attestiert in den vergangenen drei Jahren einen Werteverzehr im Bereich der kommunalen Infrastruktur in Höhe von 15 Milliarden Euro. Diesen gilt es schnell und zielgerichtet zu beheben“, so Landsberg. Weitere finanzielle Mittel über die vom Bund zugesagten 3,5 Milliarden Euro hinaus seien daher notwendig. „Sicherung, Ausbau und Umbau der kommunalen Infrastruktur sind von elementarer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes“. Ein weiterer wichtiger Ansatz ist aus Sicht des DStGB die Stärkung der personellen Kapazitäten in Städten und Gemeinden. „Nur wenn ausreichend qualifizierte Mitarbeiter vorhanden sind, können Kommunen Planung und Umsetzung von Projekten erfolgreich bewältigen. Auch die Unterstützung durch eine Infrastrukturgesellschaft kann einen Beitrag zur Entlastung der Städte und Gemeinden leisten“, machte Landsberg deutlich. Um die interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen von öffentlichen Kooperationen zu stärken, ist ein Abbau bestehender Hemmnisse erforderlich. Viel zu oft würden heute umständliche Regelungen bei der Auftragsvergabe oder im Steuerrecht einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Kommunen im Weg stehen, so der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes. Von entscheidender Bedeutung für mehr Investitionen ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen.

<http://www.dstgb.de>

(Zusammenstellung: ulj)

GDL-Streik erneut ohne Ergebnis

Achtmal hat nunmehr die „Gewerkschaft der deutschen Lokomotivführer“ in der laufenden Tarifausschlichtung seit etwa einem dreiviertel Jahr unterschiedlich lang zum Ausstand aufgerufen. Achtmal blieben die Streiks der Spartengewerkschaft, die weiterhin unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes agiert, ohne Ergebnis. Der jüngste Streik war mit einer kompletten Woche der bisher längste im Eisenbahnverkehr dieser Republik.

Die materiellen Forderungen der GDL sind banal. Fünf Prozent mehr Geld, Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde und eine Begrenzung von Überstunden. Nur, darum geht es nicht. Über diese Forderungen ist in der seit Sommer letzten Jahres laufenden Tarifausschlichtung bislang nicht einmal verhandelt worden. Zunächst ging es um eine neue Tarifstruktur. Das Projekt ist jedoch deshalb so kompliziert, weil die neue Tarifstruktur nach dem Willen der Bahn widerspruchsfrei neben dem Tarifwerk stehen soll, dass sie bereits mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) aushandelt. Und da macht die GDL nicht mit. Die Verhandlungen scheiterten an diesem Punkt.

Worum geht es der GDL eigentlich?

Die Strategie der GDL ist allein darauf ausgerichtet, mehr Einfluss im Fahrbetrieb der Deutschen Bahn zu gewinnen. Sie will in einem bedeutenden Teilbereich stärker werden als die Konkurrenzgewerkschaft EVG, die unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes agiert. Neben den Lokführern will die sie deshalb außerdem auch für das Zugpersonal inklusive der Lokrangierführer Tarifverträge aushandeln. Bislang hat die EVG in diesen Bereichen die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder organisiert und Tarifverträge abgeschlossen. Für die GDL ist das kein Argument. Sie verlangt eigene Verträge für ihre Mitglieder und nennt das Tarifpluralität.

Die Strategie der GDL orientiert sich damit mehr an neoliberalen Grundsätzen als an Werten der Gewerkschaftsbewegung. So wie beim Neoliberalismus der Markt und Konkurrenz die gesamte Gesellschaft ohne Staatseinschaltung regulieren und formen soll, so soll im Lager der Arbeit und in der Gewerkschaftsbewegung Markt und Konkurrenz unter den Gewerkschaft-



Bild aus: GDL-Streikzeitung. V.i.S.d.P. & verantwortlicher Redakteur Dr. Winfried Wolf E-Mail-Adresse pro-gdl-streik14@mail.de, Webseite www.pro-gdl-streik14.de,

ten treibende Elemente werden. Die bessere (stärkere) Gewerkschaft setzt sich eben durch. Die anderen werden niederkonkurriert. In dieser Welt haben die Kooperation, Abstimmung untereinander, Tarifgemeinschaften und andere erprobte Formen der Zusammenarbeit verschiedener Gewerkschaften keinen Platz. Die GDL hat deshalb das Kooperationsabkommen mit der EVG auch nicht erneuert.

Und der Arbeitgeber?

Die Deutsche Bahn beklagt ihre Verluste. 220 Mio. Euro hätten bisher die Streikmaßnahmen gekostet. Die Wirtschaftsverbände machen 500 Mio. Euro Verluste allein in der letzten Streikwoche geltend. Eine knappe Mehrheit der Steuerzahler hat laut Umfragen kein

Verständnis (mehr) für diesen Streik und Politiker der Union fordern inzwischen gesetzliche Regelungen für eine Zwangsschlichtung.

Wie weiter?

Dieser Konflikt ist ohne ein Mindestmaß an Zusammenarbeit und Absprache der beteiligten Gewerkschaften nicht lösbar. Die Dachverbände DGB und Beamtenbund müssen sich gemeinsam einschalten. Selbst befristete Absprachen sind besser als gar keine. Und auch die Deutsche Bahn könnte etwas tun. Ein schlichter Vorschlag: Kein Tarifabschluss mit der GDL ohne Zustimmung der EVG! Kein Tarifabschluss mit der EVG ohne Zustimmung der GDL! Tarifeinheit geht auch ohne Gesetz, wenn man denn will.

Bruno Rocker

Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst: Urabstimmung durchgeführt!

In der Tarifaufeinandersetzung zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienst hat die Verdi-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst einstimmig das Scheitern der Tarifverhandlungen erklärt.

Die darauf folgende Urabstimmung für einen Streik ergab eine Zustimmung von 93 Prozent der Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben.

Der letzte Woche Freitag begonnene unbefristete Streik wird unter anderem in Kindertagesstätten, Werkstätten und Einrichtungen für Behinderte, von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen im allgemeinen Sozialdienst, in Jugendzentren, bei den Horten und in der Schulkinderbetreuung stattfinden.

„Die Arbeitgeber haben in fünf Verhandlungsrunden jeden generellen

Handlungsbedarf zur tariflichen Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe geleugnet. Sie haben kein Angebot vorgelegt, sondern lediglich punktuelle Verbesserungen für einen sehr kleinen Teil der Beschäftigten vage in Aussicht gestellt. Damit haben sie die Eskalation der Tarifaufeinandersetzung provoziert“, sagte der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske.

Für den Fall einer erfolgreich verlaufenden Urabstimmung, wovon Peter Erni, Geschäftsführer von Verdi Rhein-Neckar ausgeht, muss mit längeren Streikmaßnahmen im Sozial- und Erziehungsdienst, zunächst in Mannheim gerechnet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen, so Erni weiter, können wir mit einer hohen Streikbereitschaft rechnen.

„Niemand versteht, warum trotz steigender Steuereinnahmen kein Geld für die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst da sein soll.“

Verdi Rhein-Neckar

BDI: Streik schadet dem Industriestandort Deutschland massiv. *BDI-Statements, Mo, 4.5.2015.* Zum Streik der Gewerkschaft der Lokführer äußert sich D. Schweer, BDI-Hauptgeschäftsführer. „Die erneute Eskalation im Tarifstreit bei der Deutschen Bahn schadet dem Industriestandort ... Moderne industrielle Wertschöpfungsstrukturen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind auf eine zuverlässige Logistik angewiesen. Besonders betroffen sind ... die Stahl-, die chemische und die Automobilindustrie. Erschwerend kommen Verspätungen im Straßenverkehr aufgrund eines höheren Verkehrsaufkommens hinzu. Eine solche Streikwelle ist Gift für ein hochentwickeltes Industrieland wie Deutschland. Es ist falsch, auf dem Rücken der Industrie und ihrer Beschäftigten tarifpolitische Grundsatzfragen auszutragen.“

Kommunale Arbeitgeber (VKA) fordern, Tarifkonflikt nicht auf dem Rücken von Kindern und Eltern auszutragen. *Pressemitteilung der VKA, Mi., 6.5.2015.* – Zu den Urabstimmungen und den Ankündigungen unbefristeter Streiks der Gewerkschaften im Sozial- und Erziehungsdienst sagt VKA-Hauptgeschäftsführer M. Hoffmann: „Mit den angekündigten Streiks verlagern die Gewerkschaften den Tarifkonflikt auf Kinder und Eltern. Die VKA verurteilt das scharf und fordert die Gewerkschaften auf, ihre Verantwortung als Tarifvertragspartei wahrzunehmen und das zu tun, was ihre Aufgabe ist: Tarifverhandlungen zu führen. ...“ Bislang war ein ernsthaftes Bemühen der Gewerkschaften um eine Lösung am Verhandlungstisch nicht erkennbar. Sie haben von Anfang an auf Eskalation gesetzt.“

Luftverkehrswirtschaft (BDL) will Zusatzregeln für Tarifeinheitgesetz. *Pressemitteilung des BDL, Die., 5.5.15* – „Wir begrüßen die Gesetzesinitiative, mit der die friedensstiftende Funktion der Tarifautonomie gestärkt werden soll. Aber diese greift in wesentlichen Bereichen des Luftverkehrs nicht“, sagte K.-P. Siegloch, Präsident des BDL.

Im Luftverkehr konkurrieren selten mehrere Einzelgewerkschaften in einer Tarifaufeinandersetzung. Aber ein Streik z.B. bei den Fluglotsen, den Sicherheitskontrollen, Piloten oder Flugbegleitern legt in der Regel den gesamten Flugverkehr lahm ... „Wir schlagen für den Luftverkehr ... Regeln vor, die sicherstellen, dass der Streik das letzte Mittel ist und nicht das naheliegendste“, so Siegloch. Um das Ziel des Gesetzes zur Tarifeinheit auch im Luftverkehr zu erreichen, sollte zusätzlich ... ergänzt werden: unumgängliche Schlichtung bevor über Streik entschieden wird, Ankündigungsfrist für Streiks, Vereinbarung zur Aufrechterhaltung einer Grundversorgung und eine Urabstimmung.“

Zusammenstellung: rst

Wird Mannheim im Lärm versinken?

Europäischer Eisenbahnkorridor Rotterdam–Genua: Korridorstudie Frankfurt–Mannheim–Karlsruhe weist Probleme für Mannheim aus

Nach langen Vorarbeiten hat das Bundesverkehrsministerium jetzt eine Gutachterstudie für den Eisenbahnkorridor Mittelrhein vorgelegt. Bereits am 8. Mai will sich nun der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) unter Vorsitz des Mannheimer Ersten Bürgermeister Christian Specht mit dieser Studie befassen und ein erstes Votum erarbeiten.

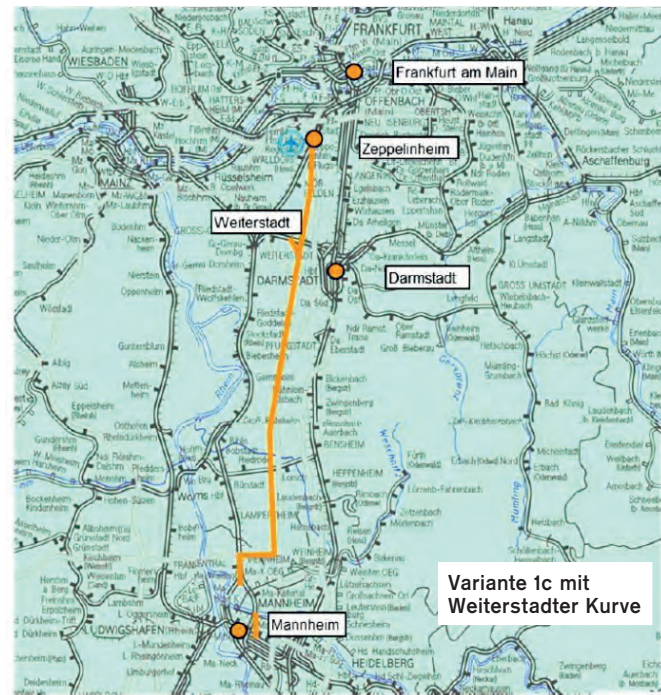
Wie erinnerlich hatte die gesamte Mannheimer Stadtgesellschaft in denkwürdiger Geschlossenheit bei der Planung der ICE-Schnellbahntrasse Frankfurt–Stuttgart gegen einen geplanten Bypass um Mannheim herum gekämpft. Legendar der Ausspruch des damaligen Bahnchefs Mehdorn, die Bahn könne schließlich nicht „an jeder Milchkanne“ halten. Inzwischen ist die Erhaltung des ICE-Knotens Mannheim in trockenen Tüchern. Nicht zu vergessen: Im Kampf gegen den ICE-Bypass wurden auch ökologische Argumente wie Natur- und Grundwasserschutz angeführt.

Nun wird ein schon lange absehbares Problem bewusst: Wenn endlich der europäische Nord-Süd-Güterverkehr auf die Bahn verladen werden und unter den Alpen durch drei lange Basistunnel auf Gleisen rollen soll, dann heißt dies massiver Ausbau des Schienekorridors Rotterdam–Genua, von zwei auf

vier Spuren. Neubaustrecken (NBS) müssen den erwarteten zusätzlichen Güterschienenverkehr (GSV) aufnehmen. Zu berücksichtigen sind gerade in der Rhein-Neckar-Region auch die Ausbaumaßnahmen im Schienenpersonennahverkehr (z.B. S-Bahn). Die Preisfrage lautet nun: Durch Mannheim hindurch oder an Mannheim vorbei?

Die inzwischen höchst aktive Bürgerinitiative „Gesundheit statt-Bahnlärm-in-Mannheim“ macht mobil gegen jegliche Planvarianten, die eine Durchfahrung Mannheims vorsehen. Eine Online-Petition hat bereits über 2000 UnterstützerInnen gefunden. Sie plädiert für einen Güterbypass in einer Tunnelröhre unter dem Neckar hindurch. Die üblichen Lärmschutzmaßnahmen lehnt sie nicht zuletzt aufgrund der enttäuschenden Erfahrungen mit dem nachgerüsteten „Lärmschutz“ an der Neuostheimer Bahnlinie ab.

Im Folgenden die Bewertung der Korridorstudie durch die BI sowie ihre Forderungen. Ferner dokumentieren wir eine Stellungnahme des Umweltforums und berichten aus dem letzten Hauptausschuss zu diesem Thema. *Thomas Trüper*



und obwohl im Fazit geschrieben wird: „Das Ziel, die Bestandsstrecken im Zentralkorridor nachhaltig vom Lärm zu entlasten, ist erreichbar, wenn die Verlagerungspotentiale auf die NBS vollständig ausgeschöpft werden,“ werden in der vergleichenden qualitativen Bewertung der verschiedenen Varianten diejenigen ausgezeichnet, die den Zusatzverkehr durch Mannheim leiten, mehrfach mit Lärmschutz-Bestnoten (s. Abb. rechts, Planfall 1c und 1d, Bewertung „+“).

Erkennbar ist Lärmschutz für Mannheim völlig ausgeblendet.

Die „Korridorstudie“ aus Mannheimer Sicht

Im März 2015 veröffentlichte das Bundesverkehrsministerium die sogenannte „Korridorstudie“, die qualitative Eckpunkte zur Bahnverkehrs-Engpassbeseitigung im Bereich Frankfurt–Mannheim liefern sollte. (Abschlussbericht 10.3.15)

Es wurden fünf Varianten vorgestellt, darunter drei Schnellfahrstrecken (bis 300 km/h) und zwei Standardstrecken (bis 160 km/h). Sie unterscheiden sich durch die Einbindung des nördlichen rechtsrheinischen Güterverkehrs („Weiterstadter Kurve“) und Einbindungsvarianten im Darmstädter Raum. Vier Varianten führen in Mannheim über die Bestandsstrecke Riedbahn, eine Variante führt alternativ an Mannheim vorbei, mit einer Einschleifung von Norden in den Rangierbahnhof. (Siehe auch Grafik oben.)

Die Schätzkosten betragen etwa zwischen 3,0 Mrd. Euro (Variante 1c) und 3,5 Mrd. Euro (Variante 1g). Für die Mannheimer ist aus Lärmschutz- und Gefährdungssicht die Zugzahlprognose relevant (Abb. rechts). Für 2025 werden in der sog. „Nachtscheibe“ von

20:00 bis 5:00 Uhr 120 Güterzüge (ohne rechtsrheinische Güterzuganbindung) bzw. 160 Güterzüge (mit rechtsrheinischer Güterzuganbindung) erwartet. Diese Züge würden in den Varianten 1a-1d zusätzlich durch Stadtgebiet fahren.

Die Bilanz lautet:

Gemeinden Bergstraße: minus 95 auf 5
Hessische Riedbahn: minus 5 auf 60
linksrheinische Strecke: minus 30 auf 40
NBS plus 160
Riedbahn Mannheim*: plus 150 auf 200
(jeweils Güterzüge pro Nacht)

*) ohne Main-Neckar-Bahn, die über Friedrichsfeld und nicht über Riedbahn in Rangierbahnhof einfährt, und ohne Wormser Strecke, die jedoch HBF und südliche Stadtteile belastet (weitere + 65 Güterzüge).

Bemerkenswert und aus Mannheimer Sicht makaber ist der „blinde Fleck“ der Korridorstudie, was den Lärmschutz in Mannheim angeht. Obwohl von fünf Zielen der Korridorstudie eines lautet: „Entlastung der Anwohner an den Bestandsstrecken vom Schienenlärm durch Bündelung des Schienengüterverkehrs auf autobahnparallelen Neubaustrecken“

Position der BI Lärm³

Die Pläne der Bahn:

- ca. 160 zusätzliche laute Güterzüge pro Nacht. Alle zwei bis drei Minuten ein Zug.
- Am Tag wird die Lärmbelastung durch Güterzüge zudem ähnlich hoch sein.
- In Summe: eine dauerhafte Lärmbelastung für die Menschen in Mannheim.

Das können die Menschen in Mannheim nicht ertragen. Der Lärm macht uns und unsere Kinder krank. Er beschädigt den Status von Mannheim als moderne Industriestadt und mindert die Attraktivität von Mannheim als Stadt zum Leben und Arbeiten. Mannheim verdient eine bessere Lösung. Dabei muss gewährleistet sein, dass

- der Lärm aus dem Stadtgebiet so weit wie möglich verschwindet,
- die Bedeutung des Hauptbahnhofs als ICE-Knotenpunkt erhalten bleibt,
- auf den Gleisen Platz für den Personennahverkehr entsteht und
- der Rangierbahnhof mit seinen Arbeitsplätzen gesichert ist.

Nur ein Güterzugbypass in Tunnelausführung entlastet Mannheim vom sich vervielfachenden Bahnlärm. Mehrere Bypass-Lösungen sind denkbar – zum



	NBS mit Nutzung durch den SPFV tagsüber und dem SGV nachts		NBS ausschließlich für den SGV	
	Planfall 1a/1b	Planfall 1c	Planfall 1d	Planfall 1g
Angebot SPFV	++	++	0	+
Angebot SPNV	++	++	0	0
Produktion SGV	++	++	++	++
Betriebsqualität	+	++	+	+
Lärmschutz	+	++	++	++
Wirtschaftliche Analyse	++	++	0	0
Gesamtbewertung	++	++	+	+
Punkte	1,7	2,0	0,8	1,0

Punktebewertung	
++	2
+	1
0	0
-	-1
-	-2

Abbildung 6-33:
Qualitative Beurteilung der Planfälle 1a - 1g

Beispiel ein Tunnel östlich von Mannheim oder ein Tunnel unter der Stadt.
 Die Gesundheit der Menschen und die Qualität des Wirtschaftsstandorts stehen auf dem Spiel. Vor diesem Hintergrund relativieren sich die Kosten, die vom Bund zu tragen sind. Es geht um die Zukunft Mannheims! Wir fordern von der Politik, dass sie sich für die Interessen Mannheims konsequent einsetzt.

Umweltforum

Stellungnahme zur Bahn-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und zur Trassenführung im Stadtgebiet Mannheims im Vorfeld der Sitzung des Planungsausschusses des Verbandes Region Rhein-Neckar
 Das Umweltforum hält eine Stellungnahme des Gemeinderates der Stadt Mannheim unter vorheriger Einbeziehung von Bürgern, Verbänden und Bezirksbeiräten zu den Ergebnissen der Korridorstudie für erforderlich.

Falls die Stadt Mannheim darauf verzichtet und es dem Planungsausschuss des Verbandes Region-Rhein-Neckar überlässt, eine abschließende Bewertung der Korridorstudie und deren konkrete Auswirkungen auf das Mannheimer Stadtgebiet abzugeben, muss aus unserer Sicht sichergestellt sein,

1. dass alle praktikablen Möglichkeiten einer Güterzugumfahrung von Mannheim geprüft worden sind. Die sogenannte Mark/C-Variante (kürzeste und schnellste Direktverbindung zwischen hessischem Ried und Mannheimer Norden) drängt sich als Vorzugsvariante für die Einführung der Neubaustrecke im Mannheimer Norden auf;
2. dass die sogenannte Verkehrslenkungsvariante (der Planfall 1c) mit geltendem Recht – auch Europarecht – übereinstimmt und die tatsächliche Möglichkeit besteht, allen Güterzügen

während der „Nachtscheibe“ (22–6 Uhr) ausschließlich die Fahrt auf der Neubaustrecke zu erlauben;

3. dass maximale Lärmvorsorge für die Menschen in Mannheim entlang der Bahn gewährleistet ist. Gegebenenfalls muss das Land Baden-Württemberg die für die Lärmvorsorge erforderlichen Mehrkosten genauso übernehmen, wie dies für die Rheintalbahn Karlsruhe-Basel fraktionsübergreifend (!) im Landtag Baden-Württemberg am 13.4.2015 beantragt wurde.

4. Beim Güterverkehr sollte die Lärm-minderung an den Güterwagen selbst prioritär sein;

5. dass parallel zum gegebenenfalls nötigen Um- und Ausbau der östlichen Riedbahn verbesserte, attraktive S-Bahn-Haltestellen mit optimalen Umsteigemöglichkeiten zu Straßenbahn und Bus realisiert werden (S-Bahnhof Waldhof, neuer S-Bf. Käfertal unter der BBC-Brücke, neuer S-Bf. Feudenheimer Straße/Au und neuer S-Bf. Neuostheim/Dürerstraße).

Stellungnahme des OB im Hauptausschuss, 21. April

Dem Hauptausschuss lagen vier Anfragen bzw. Anträge zum Thema Neubaustrecken vor: Die Freien Wähler verlangen die Vorstellung der Korridorstudie und ein Votum des Gemeinderats, bevor irgendwelche Entscheidungen fallen. Die SPD befasste sich mit der ICE-Neubaustrecke und forderte Bürgerbeteiligung beim Einbau von Lärmschutzmaßnahmen. Die AfD hatte die Forderungen und Argumente der BI Lärm³ in einen Antrag gegossen, die FDP forderte vom OB eine Erläuterung, was er mit einer „möglichen Umfahrung Mannheims“ meine.

Der OB erläuterte, dass es eine neue

rechtliche Regelung zur Streckennutzung gebe: Mischverkehre seien nun zulässig, z.B. zwischen Tag (Personenverkehr) und Nacht (Gütertransport). Von dieser Möglichkeit habe die Korridorstudie Gebrauch gemacht. Der OB forderte, alle Varianten komplett zu untersuchen, einschließlich der Umfahrungsvariante. Diese sei zu unterscheiden von der vor zehn Jahren diskutierten ICE-Bypass-Variante. Inzwischen habe sich die Anschlussphilosophie der Deutschen Bahn im ICE-Verkehr gewandelt: Es gebe keine Bestrebungen mehr, an wichtigen Bahnhöfen vorbeizufahren.

Um die Prüfung der Umfahrungsvariante für den Güterverkehr komme die Stadt Mannheim überhaupt nicht drum herum. Es müsse auch für Mannheim der gleiche Maßstab gelten wie für die Rheintalgemeinden, für die bereits teure Untertunnelungs- und Umfahrungsvarianten in der Umsetzung seien. Einfache Lärmschutzmaßnahmen wie Lärmschutzwände seien allenfalls bei Bestandsstrecken sinnvoll, bei den Güterstrecken seien sie nicht durchsetzbar. Deswegen müssen alle Varianten genau geprüft werden. Dies trage auch der Landesverkehrsminister mit. Zu diesen Varianten gehöre auch die Untertunnelung.

OB Kurz rechnet im Übrigen mit einem ersten Spatenstich nicht vor 2025. Dass bis dahin die Güterzüge technologisch auf geringere Lärmemissionen umgestellt sein werden, ändere an der Dringlichkeit des Lärmschutzes nichts, denn auch lärmreduzierte Züge verbreiten immer noch zu viel Lärm.

Abschließend bemerkte der OB, dass man solche Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr gegen die Bürger durchsetzen könne sondern nur mit ihnen.

Thomas Trüper

Aus: Kommunalinfo Mannheim 10/2015

Highlight mit Schwachstellen

Nach langwierigen und mühsamen Auseinandersetzungen, die bei einigen von uns im Laufe der Jahre dafür gesorgt haben, dass die Haare schütter und schlohweiß wurden, ist es jetzt endlich gelungen, das NS-Dokumentationszentrum als Lern- und Erinnerungsort zur Geschichte des Nationalsozialismus in unserer weiß-blauen Residenzstadt zu etablieren. Der Besuch des Gebäudes, das auf dem Grundstück des ehemaligen Brauen Hauses an der Briener Straße 34 steht, ist ein Erlebnis. Sein Kubus wirkt wie ein Fremdkörper im Gelände, ein geglückter Störfall, der auffallend mit seiner Umgebung kontrastiert.

Der Gang durch die Ausstellung beginnt im obersten Stockwerk und das Anliegen, den Ablauf der Geschichte mit Ausblicken auf die realen Orte in der unmittelbaren Umgebung zu veranschaulichen, ist gelungen. Manches empfinde ich als ausgesprochen erfreulich. Bei der Auswahl der Personen, die beispielgebend für den Widerstand gegen das Aufkommen des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik auf Stelen vorgestellt werden, wird das Bemühen deutlich, über die Parteigrenzen hinweg allen, die sich der NS-Barbarei entgegen gestellt haben, gerecht zu werden.

Gut ist, dass die Ausstellung nicht 1945 ihren Abschluss findet, sondern die Zeit der gescheiterten Entnazifizierung und der Verdrängung thematisiert sowie die Aktualität der Auseinandersetzung mit unserer braunen Vergangenheit betont. Großartig ist, dass auf einem Newsticker über rechtsextreme Aktivitäten zeitgleich informiert wird. Damit wird deutlich, dass wir auch heute jeden Tag immer wieder aufs neue Stellung beziehen können und selbstverständlich müssen.

Ärgerlich ist, dass für mich, der sich mit einigen Feldern unserer Vergangenheit etwas näher beschäftigt hat, an verschiedenen Schwerpunkten der Ausstellung widersprüchliche, fragwürdige und falsche Behauptungen und Angaben zu lesen sind.

Gleich zu Beginn fällt auf, dass die Ursprünge der Geschichte des Nationalsozialismus im Ersten Weltkrieg liegen sollen. In den Archiven finden sich dagegen eine Fülle von Hinweisen dafür, dass die Grundlagen für die NS-Ideologie schon Jahre und Jahrzehnte früher geschaffen wurden.

München war, um nur ein Beispiel anzuführen, vor dem Ersten Weltkrieg ein Zentrum neuester Entwicklungen in der Psychiatrie. Hier wurde das Konzept der Eugenik Grundlage für die so genannte Euthanasie, wie die Nazis den Mord an „unwertem Leben“, an einer der größten Opfergruppen in München, euphemistisch bemäntelten. Ernst Rüdin war ab 1907 Assistent, ab 1909 Oberarzt und Privatdozent bei Professor Emil Kraepelin. 1905 gehörte Rüdin zu den Gründungsmitgliedern der deutschen „Gesellschaft für Rassenhygiene“ und war Herausgeber der Zeitschrift „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“. 1933 wurde er Kommissar des Reichsinnenministeriums für Rassenhygiene und Rassen-

politik.

Darüber hinaus bin ich enttäuscht, dass meine erwarteten Befürchtungen tatsächlich eintreffen. Manche Autorinnen und Autoren fischen uralte, ideologisch eingefärbte Topoi aus der Mottenkiste einer längst überholten Historiographie heraus. Das steht wörtlich zu lesen:

„Nach der Ermordung Eisners verschärften sich die Spannungen zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel der politischen Linken. Zugleich formierten sich auf der Seite der politischen Rechten die Kräfte der Gegenrevolution. Die Regierung des vom Landtag gewählten Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (MSPD) repräsentierte die gemäßigte Linke. Dagegen lehnten sich revolutionäre Kräfte auf, die am 7. April 1919 in München die ‚Baierische‘ Räterepublik ausriefen. Geführt von Sozialisten und humanistisch gesinnten Anarchisten hielt sich diese erste Räterepublik nur sechs Tage. Es folgte die zweite Räterepublik unter kommunistischer Führung, die eine Diktatur des Proletariats ankündigte und eine Rote Armee aufbaute.“

Bei uninformierten Besuchern verdichtet sich sofort der Gedanke, „Omei, wären diese radikalen Linken nicht so vorgeprescht mit dem Ausrufen ihrer Räterepublik, dann wäre uns dieser ganze faschistische Kram sicher erspart geblieben“. Und die Frage stellt sich sofort, wer sind denn die „nicht humanistisch gesinnten Anarchisten“?

Gegen die erste Räterepublik kam es zu einem erfolgreichen Putsch, ihre führenden Repräsentanten wurden verhaftet und entführt. Sie scheiterte also nicht aufgrund eigenen Versagens, was der Text suggeriert.

Genauso fragwürdig ist der Hinweis auf die geplante kommunistische „Diktatur“. Tatsache ist, die Kommunisten waren zunächst gegen die Ausrufung einer Räterepublik und sie sprangen erst nach dem Ende der sozialdemokratisch-anarchistischen Räterepublik in die Bresche, als die Weißen Truppen auf München zu marschierten. Es ging den Kommunisten darum, nicht kampflös zu kapitulieren, um die „Ehre des Münchner Proletariats zu retten“. Ihnen war klar, dass sie „Tote auf Urlaub“ waren.

Beim Text im NS-Dokumentationszentrum wird ein stereotypes Geschichtsbild festgeklopft, das den realen Bewegungen des wirklichen Lebens nicht entspricht. Ich



Karl Rössing: Die alte Garde (Und wenn die Welt voll Teufel wär'), Sammlung Gerd Gruber, Wittenberg, zu sehen in der Sonderausstellung

denke mir, wenn sich in den eingeschränkten Feldern der Münchner Geschichte, in denen ich mich auskenne, solch gravierende ideologische Positionen durchsetzen, wie kann ich dann den Behauptungen trauen, die mir dort entgegen treten, wo ich mich nicht so auskenne.

Ideologie ist „falsches Bewusstsein“. Das Konzept des NS-Dokumentationszentrums will der Nazi-Ideologie etwas entgegen setzen. Ich behaupte, wer Ideologie mit Ideologie bekämpft, muss scheitern. Wäre es nicht viel sinnvoller, in einem „Lernort“ widersprüchliche Positionen zu benennen, um den Besuchern die Möglichkeit zu geben, kritisches Bewusstsein zu entfalten?

Schließlich wird im Bereich der Machtübergabe 1933 die heute völlig überholte Totalitarismus-Ideologie indirekt wieder aufgewärmt. Es heißt da:

„Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise erschütterte die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Republik. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verschärfte die Krise noch weiter. Gewaltige soziale Spannungen und tiefe kulturelle Gegensätze brachen auf. Massenverelendung und Proteststimmungen breiteten sich aus. Davon profitierten die Extreme des politischen Spektrums, am meisten die NSDAP ...“

Dabei sprach Theodor Geiger schon 1930 von der „Panik des Mittelstands“ als zentralen Beweggrund der Machtübergabe an den Faschismus, wiesen schon in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren Insider auf die massive finanzielle Unterstützung der „Großen Industrie“ für die Nazis hin und hat Seymour Martin Lipset 1958 betont, dass der „extremism of the center“, der Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft, die Basis für rechtsextreme, autoritäre Regimes bildet.

Dies empirisch nachzuweisen fällt leicht. Wir brauchen uns nur die Wahlergebnisse der frühen dreißiger Jahre ansehen. Ein überdurchschnittlicher Anteil an NS-Stimmen findet sich zum Beispiel in der Borstei, in der vor allem der aufstrebende bürgerliche Mittelstand Ende der zwanziger Jahre neue Wohnungen bezogen hat. In den Milieus der Arbeiterviertel können die Nazis dagegen kaum Fuß fassen.

Ähnlich problematisch ist der Text, der sich der „Freiheitsaktion Bayern“ 1945 widmet und behauptet, dass „die Freiheitsaktion Bayern (FAB) ... eine



Clément Moreau: Hofgang. Sammlung Gerd Gruber, Wittenberg, zu sehen in der Sonderausstellung

kampflose Übergabe von Bayern ... herbeiführen wollte.“ Die FAB wollte aber gemäß deren Programm lediglich einen Waffenstillstand mit den Alliierten vereinbaren. Auch gingen gegen die Aufständischen nicht nur „SS-Einheiten und fanatische Nationalsozialisten“, sondern auch Soldaten der Wehrmacht und vor allem Mitglieder des Volkssturms vor. Die Zahl der Opfer ist nicht „54“, sondern „57“, wie auch in einem Artikel im Lexikon der Vertiefungsebene des NS-Dokumentationszentrums zu lesen ist. Nach neuesten Erkenntnissen kommt sogar noch ein Opfer dazu.

Die Zahl der Menschen, die auf die FAB-Aufrufe reagiert haben, fehlt dagegen gänzlich: Es handelte sich dabei um rund 1000 Menschen. Auch steht neben dem Bild von Caracciola-Delbrück, dass dieser „... standrechtlich erschossen“ worden sei. Tatsache ist, dass im Zentralministerium zu diesem Zeitpunkt nicht das notwendige Personal für ein Standgericht im Zentralministerium gewesen war. Die Hinrichtungen waren also auch nach damaliger Rechtslage willkürlich und ohne irgendeine rechtliche Grundlage.

Und: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, statt des Flugblatts der Gauleitung, bei dem noch nicht einmal gesichert

ist, dass es überhaupt verteilt wurde, das bemerkenswerte Programm der „Freiheitsaktion Bayern“ zu zeigen. Dessen Inhalt ist nachweislich aus der Aufstandsnacht erhalten und war, ebenfalls nachweislich, der zentrale Bestandteil der Rundfunkaufrufe der FAB.

Es bleibt uns nichts übrig als noch einmal genauer hinzusehen, die Schwachstellen der Dauerausstellung zu benennen und die Verantwortlichen aufzufordern, diese nachzubessern.

Eine frappierende Naivität belegt die unkommentierte Präsentation des einzigen Original an diesem Ort: die „Moabiter Sonette“. Sie stammen von der Familie Haushofer.

Albrecht Haushofer war Sohn des Geopolitikers Professor Karl Haushofer, der Stichwortgeber für die Kriegsziele der Nationalsozialisten war. Die Familie stand unter dem Schutz von Rudolf Heß, der natürlich mit dessen England-Flug 1941 endete. Das wären alles Dinge, die zur sachlichen Kontextualisierung diese einzigen Originals essentiell wären. Obendrein stellt sich hier die Frage, wo bei dieser

Quelle der konkrete direkte Bezug zum Nationalsozialismus in München ist? Gäbe es da nicht zentralere Dokumente zur NS-Geschichte in München, die es verdient hätten, im Original so prominent platziert zu werden?

Ausgesprochen aufregend und positiv zu würdigen ist die Sonderausstellung „Das Unsagbare zeigen. Künstler als Warner und Zeugen 1914–1945“, die noch bis Ende August zu sehen ist. Die meisten Exponate stammen aus der Sammlung von Gerd Gruber, Wittenberg, der seit fast sechzig Jahren antifaschistische Kunstwerke sammelt und Exponate beisteuert, die wir in dieser dichten Zusammenstellung so noch nie in München gesehen haben. Neben Werken von Lea Grundig und George Grosz hängen auch Exponate von Münchner Künstlern wie Erwin Oehl und Fritz Schaeffler.

Im Veranstaltungsprogramm finden sich viele Highlights. Am 12. Mai ist der Film „Es kann legitim sein, was nicht legal ist: Martin Löwenberg – ein Leben gegen Faschismus, Unterdrückung und Krieg“ bei freiem Eintritt zu sehen. Besucht die Webseite www.ns-dokuzentrum-muenchen.de.

Günther Gerstenberg
Aus mlb Nr. 5/2015, Vorabdruck

Inhalt

Aktuell

Wahl in Bremen: Linke legt zu • Panzerwaffe

Gespräch mit Theodoros Paraskevopoulos: Lage in Griechenland und Politik Syriza

Hamburg: Gefahrengelände auflösen!

Die Türkei vor den Wahlen: Kommt die HDP ins Parlament oder stockt der Friedensprozess?

Auslandsnachrichten

Belgien: Proteststreik gegen Sparmaßnahmen • Portugal: Kampf gegen Privatisierung • Mauretanien: 1. Mai im Zeichen der Bergarbeiter • Iran: 1. Mai-Demonstration trotz Widerstand vom Staat • Bangladesch: Jahrestag des Textilunglücks • Korea: Generalstreik mit mehr als 100 000 Beteiligten • Island: Streik um Mindestlohn • USA: Verdi kritisiert T-Mobile • Brasilien: Militärpolizei gegen streikende Lehrer

Aktionen ... Initiativen

Bündnis für Nachhaltige Textilien hat die Chance, breite Wirkung zu erzielen • TTIP & CETA stoppen! Klima retten! Armut bekämpfen! • Modernisierung der Atomwaffen in Büchel • Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen • Paritätischer: Verschlechterungen für künftige Pflegebedürftige • Ergebnisse des Berliner Bund-Länder-Flüchtlingsgipfels vom 8.5.2016 • Die Bundesregierung zu wenig gegen Rassismus und Diskriminierung

Essen: Besuch aus Kobanê

Eine Chance zum Dialog – Mitteilung zur Erklärung von Cemil Bayik

Essen: Stadt darf Tafelsilber nicht verschern

Köln: Bebauungsplan darf nicht zur Vernichtung von Industrie-Arbeitsplätzen führen!

Hamburg: Grüner wird's nicht

Kommunale Politik

„Dieses Referendum ist ein Angriff auf die direkte Demokratie“: Hamburg. • Bochumer Rat soll Abschiebungsforderungen zurückweisen! • Kita-Streik – Eltern sollen Beiträge erstattet bekommen: Dortmund. • Sozialdezernentin Reker täuscht Oberbürgermeister und Rat: Köln. • Gesundheitskarte für Flüchtlinge: Kassel. • Eine lebendige Innenstadt schafft man nicht mit Verboten! Chemnitz. • Infrastrukturinvestitionen stärken: Berlin

GDL-Streik erneut ohne Ergebnis

Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst: Urabstimmung durchgeführt!

Wird Mannheim im Lärm versinken?

Highlight mit Schwachstellen

Neu erschienen bei der Rosa Luxemburg Stiftung:

Flucht/Asyl: Die Festung Europa muss geschleift werden

Das Massensterben auf den Fluchtrouten ist keine Ausnahmesituation – es ist zum Normalzustand geworden. Standpunkte 14/2015 von Dario Stefano Dell'Aquila.

Die Tragödie des vieltausendfachen Todes von Menschen auf ihrer Flucht nach Europa nötigt die Regierungen zu Beileidsbekundungen. Entschieden werden Schlepper verurteilt und harte Gegenmaßnahmen versprochen. Die Unglücksfälle sind aber nur der sichtbare Teil eines umfassenderen Dramas. Es ist Folge politischer Entscheidungen, die den Kontinent in eine uneinnehmbare Festung verwandelt und MigrantInnen dazu verurteilt haben, ein unsichtbares Leben zu führen. Eine der jüngsten Tragödien vor Sizilien ereignete sich am 19. April dieses Jahres. Ein von Libyen aufgebrochenes

Boot mit 800 MigrantInnen an Bord kenterte unweit der italienischen Küste. Wie es dazu kommen konnte, ist bislang noch ungeklärt. Dem Anschein nach wurde das Boot von einem zur Rettung herbeigeeilten Handelsschiff gerammt. Nur 28 Personen überlebten. Allem Aufsehen, das dieser Fall erregt hat, zum Trotz: Es ist daran nichts Außergewöhnliches. So ging am 3. Oktober 2013 wenige Seemeilen vor der Insel Lampedusa ein in Brand geratenes libysches Schiff unter, auf dem sich 521 Menschen aus Eritrea, Äthiopien, Ghana, Somalia und Tunesien befanden. 366 Menschen starben, von denen 20 nicht mehr geborgen werden konnten.

Den gesamten Text gibt es im PDF, Link bei www.rosalux.de, Publikationen

Arbeit/Gewerkschaften: Zur Rolle der Berufs- und Spartengewerkschaften in der Tarifpolitik

Verschriftlichter Vortrag von Reinhard Bispinck auf der Fachtagung „Streikrecht-Tarifeinheit-Gewerkschaftspluralismus“

Für die einen sind die Berufs- und Spartengewerkschaften fast der neue Typus einer kämpferischen Gewerkschaft, die unbeeindruckt von den Restriktionen einer eingefressenen Sozialpartnerschaft für die originäre Interessenvertretung ihrer Mitglieder steht. Für die anderen sind sie hingegen eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit, die rücksichtslos und ohne Blick auf die Interessen der Gesamtbelegschaften die Einzelinteressen kleiner Belegschaftsgruppen vertreten.

So spannend das Thema Berufsgewerkschaften und ihre Bedeutung in der Tarifpolitik ist, so sehr ist das auch nur ein sehr begrenzter Ausschnitt der tarif- und gewerkschaftspolitischen Themen, die derzeit insgesamt auf der Agenda stehen. Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Thema sollte vor dem Hintergrund einer Bestandsaufnahme der gesamten tarif- und gewerkschaftspolitischen Landschaft erfolgen. Diese werde ich nur in ein paar Stichworten andeuten. Wenn man über

Tarifpolitik – auch über die Tarifpolitik der Berufsgewerkschaften – spricht, muss man darüber Klarheit haben: Wir reden über ein schrumpfendes Handlungsfeld. Wir reden über ein Handlungsfeld, in dem nur noch 58 Prozent der Beschäftigten überhaupt durch Tarifverträge erfasst werden – egal, ob durch DGB-Gewerkschaften, durch christliche Gewerkschaften oder Berufsgewerkschaften. Die Tarifbindung ist leider schon seit 20 Jahren rückläufig, und Jahr für Jahr hofft man, ihn umkehren zu können. Bislang hat eine Trendwende nicht stattgefunden. Die Erosion des Tarifsystems durch rückläufige Tarifbindung ist eine ganz zentrale Rahmenbedingung, die alle Gewerkschaften – Berufs- wie andere Gewerkschaften – nachdenklich stimmen muss.

Den gesamten Text gibt es im PDF. Reinhard Bispinck ist Abteilungsleiter des WSI in der Hans Böckler Stiftung. Dieser Text ist eine verschriftlichte Fassung seines Vortrags auf der Fachtagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Streikrecht-Tarifeinheit-Gewerkschaftspluralismus“, die am 13. April 2015 in Erfurt stattfand.

Zum Vormerken: Jahrestagung 2016 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 2./3. April 2016 in Mannheim

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 11. Juni 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 5 Juni.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.